

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1919

192 (13.7.1919) Erstes und Zweites Blatt

Karlsruher Tagblatt

in Karlsruhe frei ins Haus geliefert monatlich 1.90 Mk., vierteljährlich 5.70 Mk., an den Ausgabestellen abgeholt monatlich 1.80 Mk. Auswärts durch die Post frei ins Haus gebracht vierteljährlich 6.80 Mk., Einzelnummer 10 Pf.

Verkaufen: die Gesch. Nonprelle-see über deren Raum 25 Pf., Neffens, 1 Pf., an erst. Stelle 1.20 Mk. Auf diese Preise 30% Feuerungsabgabe. Rabatt nach Tarif. Anzeigen-Annahme bis 12 Uhr mittags, kleinere Anzeigen (mit bis 4 Uhr nachmittags) Veranschaulichte. Geschäftsstelle: Nr. 203. Verlag Nr. 207. Schriftleitung Nr. 20 u. 894.

Verlag, Schriftleitung und Geschäftsstelle Mittelstraße 1.

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Gesetzgeber: Gustav Respert; verantwortlich für Politik: Martin Holzinger; für Baden, Volkswirtschaft: Heinrich Gerhardt; für Heilbronn: Carl Gessner; für Ingerate: Paul Kuhnmann. Druck und Verlag: C. H. Müller'sche Buchdruckerei in Karlsruhe. Verleger: Dr. Kurt Heinrich Friedmann, Fregestraße 65/66. Teleph.-Amt Umland 2902. Für unverlangte Manuskripte oder Briefschaften übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Vorsto beifolgt ist.

116. Jahrg. Nr. 192.

Sonntag, den 13. Juli 1919

Erstes Blatt.

Das Reichsnotopfer.

H. Von unserer Berliner Redaktion wird uns berichtet:
Nach dem Entwurf der neuen Reichsvermögensabgabe, der 53 Paragraphen umfasst, erstreckt sich die Abgabepflicht auf die Angehörigen des Reichs, auf staatenlose Personen, wenn sie im Deutschen Reich ihren Wohnsitz haben, und auf Ausländer, die sich im Deutschen Reich dauernd des Erwerbs wegen aufhalten. Daneben sollen Aktiengesellschaften, Gesellschaften m. b. H., Versicherungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit, eingetragene Genossenschaften, landwirtschaftliche Kreditanstalten, Bergwerksgesellschaften und alle sonstigen juristischen Personen, sowie nicht rechtsfähige Vereine und Stiftungen der Abgabe unterworfen werden. Die Unterschiede in dieser Abgabe beziehen sich zunächst darauf, daß Aktiengesellschaften mit reinem Vermögen nach Abzug des Grundkapitals abgabepflichtig sind. Dagegen sind alle anderen Abgabepflichtigen mit Ausnahme der Ausländer mit dem gesamten Vermögen zu dem Reichsnotopfer heranzuziehen.

Abgabefrei sind die Ehegatten, die Gemeinderäte, die Erben, die von den Reichs- oder von anderen öffentlichen Körperschaften unterhalten werden, die Reichsbank, die Anstalten der reichsgerichtlichen Unfall-, Invaliditäts- und Krankenversicherung, die auf Gegenseitigkeit gegründeten Witwen-, Waisen-, Sterbe- und Krankenkassen und Stiftungen, Anstalten oder Vereine, die ohne Beschränkung auf einen bestimmten engeren Personenkreis ausschließlich den Zwecken der Armenpflege, Kranken- und Fürsorge für Kriegsteilnehmer oder deren Hinterbliebene dienen.

Vermögen im Sinne des Gesetzes ist das gesamte bewegliche und unbewegliche Vermögen nach Abzug der Schulden, wobei jedoch Haushaltungsschulden und Schulden, die in wirtschaftlicher Beziehung zu dem abgabepflichtigen Vermögen stehen, unberücksichtigt bleiben. Zum Vermögen gehört u. a. auch der Kapitalwert der Rechte auf Renten und andere wiederkehrende Leistungen und Leistungen, ferner noch nicht fällige Ansprüche auf Versicherungen.

Dagegen sind nicht abgabepflichtig die Ansprüche an Witwen-, Waisen- und Pensionisten. Zum steuerbaren Vermögen gehören auch nicht Möbel und Hausrat, aber Geldscheine, Bauspar- oder Gegenstände aus Edelmetall, soweit ihr Gesamtwert den Betrag von 20000 Mark übersteigt. Das Vermögen der Ehegatten wird zusammengerchnet. Einkünfte, die der Abgabepflichtige oder seine Ehefrau nach dem 31. Juli 1914 an Kinder vorgenommen haben, sind dem Vermögen des Erziehenden zuzurechnen. Ausgenommen sind Zuwendungen im Werte von weniger als 1000 Mark, fortlaufende Zuwendungen zum Zwecke der handesgemäßen Unterhaltung und Ausbildung.

Eine Kapitalabfindung, die jemand als Abfindung für Körperverletzung oder Krankheit erhält, ist nicht abgabepflichtig. Die Aktiengesellschaften usw. sind überdies, das Grundkapital bei Feststellung in Abzug zu bringen.

Der Stichtag zur Ermittlung des Vermögenswertes ist der 31. Dezember 1919.

Von größterem Interesse ist die Höhe der Abgabe: sie beträgt für Aktiengesellschaften usw., für sonstige juristische Personen, für nicht rechtsfähige Vereine, Stiftungen usw. 10 Prozent des der Abgabe unterliegenden Vermögens. Das bedeutet gegenüber der Abgabe gegen sonstige Abgabepflichtige eine wesentliche Ermäßigung, die aber, soweit es sich um A. G., G. m. b. H. handelt, schon wegen der Doppelbesteuerung (Gesellschaftsdividenden, Aktionär andererseits) berechtigt ist.

Die für die sonstigen Abgabepflichtigen vorgesehene Abgabe beträgt:

- für die ersten angefangenen oder vollen 50000 Mk. des Vermögens 10%
- für die nächsten angefangenen oder vollen 50000 Mk. des Vermögens 12%
- für die nächsten angefangenen oder vollen 200000 Mk. des Vermögens 15%
- für die nächsten angefangenen oder vollen 200000 Mk. des Vermögens 20%
- für die nächsten angefangenen oder vollen 200000 Mk. des Vermögens 25%
- für die nächsten angefangenen oder vollen 200000 Mk. des Vermögens 30%
- für die nächsten angefangenen oder vollen 200000 Mk. des Vermögens 35%
- für die nächsten angefangenen oder vollen 500000 Mk. des Vermögens 40%
- für die nächsten angefangenen oder vollen 500000 Mk. des Vermögens 45%
- für die nächsten angefangenen oder vollen 1000000 Mk. des Vermögens 50%
- für die nächsten angefangenen oder vollen 2000000 Mk. des Vermögens 55%
- für die nächsten angefangenen oder vollen 2000000 Mk. des Vermögens 60%
- und nach höhere Beträge 65%

Abgabepflichtig ist nur der, den Betrag von 5000 Mark übersteigende Teil des Vermögens. Befristet also jemand 50000 Mark, so würden nur 45000 Mark abgabepflichtig sein und einer Abgabe von 4500 Mark unterliegen. Bei der Abgabepflichtige, oder im Fall der

Zusammenrechnung des Vermögens von Ehegatten, zwei oder mehrere Kinder, so ist für das Kind der Betrag von 5000 Mark von der Abgabe freigestellt. Zugleich ist von dem der Zahl der Kinder entsprechenden vielfachen von 50000 Mark die Abgabe nur in Höhe von 10 Prozent zu erheben. Vom Rest des abgabepflichtigen

Bevorstehende Beilegung der Krise.

H. Von unserem Weimarer Vertreter wird uns berichtet:

Die Krise im Reichskabinett, die durch den Gegensatz zwischen Zentrum und Sozialdemokratie wegen der Aufnahme der Kirchen- und Schulgrundrechte in die Grundrechte der Verfassung entstanden ist, dauert an. Das Zentrum erklärt bis zur Stunde, in keinem Falle nachzugeben zu wollen. Die Sozialdemokratie ist in ihrer Haltung, wie man hört, durch den in Weimar eingetroffenen preussischen Kultusminister Hainich und den bayerischen Ministerpräsidenten Hofmann beeinflusst worden. Die in den bisherigen Konversationshandlungen über die Schulfragen dem Zentrum gemachten Konzessionen gingen immer und anderen Paragrafen viel zu weit. Das Zentrum hält sich um so mehr für den Kopf gestochen. Da aber die Sozialdemokraten bei der allgemeinen Regierungsschwierigkeit jetzt eine ernste Kritik ans und gar nicht brauchen können und das Zentrum seine Stellung in der Regierung nur sehr ungern aufgeben würde, ist eine Beilegung des Konflikts am Sonntag oder Montag doch wohl voranzuführen. Das um so mehr, als die Demokraten grundsätzlich nicht mit den Sozialdemokraten allein eine schwache Regierung bilden wollen und besonders kulturkämpferische Tendenzen praktisch für sehr unzeitgemäß halten. Inzwischen ist doch unverkennbar, daß die Probleme des Wiederaufbaues unseres Wirtschaftslebens jetzt alle anderen Dinge zurückdrängen müssen. Der als Reichswirtschaftsminister anscheidende Herr Wissell hat selbst sehr stark empfunden, daß das gesamte Kabinett gegen seine einseitige Planwirtschaft ist und hat sich deshalb gestraubt, etwa als Arbeitsminister in vielen Fällen sich selbst wiederzuerkennen zu müssen. Es kam danach sein Wiederertritt als Minister ohne Portefeuille in Betracht.

Die Demokraten als Vermittler.

(Drahtmeldung unseres Weimarer Vertreters.)

H. Weimar, 12. Juli. Die Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts zwischen Zentrum und Sozialdemokratie sind im vollen Gange und wir haben im letzten Augenblick die Demokraten eine Vermittlungsaktion überlassen. Dadurch gewinnt die Richtung in der Partei, die trotz aller entgegenstehenden Bedenken doch eine baldige Wiedererlangung der Regierung für wünschenswert hält, ein stärkeres Gewicht. Allerdings dürfte für einen solchen Fall die Person des Herrn Erberger ein Hindernis bilden, da die demokratischen Persönlichkeiten, die für Ministerposten in Frage kommen würden, ein Zusammenarbeiten mit Erberger als ausgeschlossen ansehen sollen. Umgekehrt wird aber auch von Zentrumseite darauf hingewiesen, daß die Mithilfe der Demokraten zur Regierungsmehrheit gern gesehen würde, wenn nicht die Älteren, sondern neue Männer in Frage kämen. Herr Bayer soll in dieser Vermittlungsaktion die Führung und auch den Vorstoß beifolgt haben.

Wissell scheidet aus.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 12. Juli. Wie die „D. Z.“ am Mittwoch aus Weimar erfährt, hat Minister Wissell gestern in der Fraktionsversammlung seinen Freunden erklärt, daß er aus dem Reichswirtschaftsministerium ausscheidet und werde und auch kein anderes Amt in der neuen Regierung zu übernehmen gedenke.

Der Ruf nach dem normalen Reichstag.

(Eigener Drahtbericht.)

H. Weimar, 12. Juli. Regierungen wie Parteien haben den Wunsch, die Tätigkeit der verfassunggebenden Nationalversammlung so rasch wie möglich zu beendigen und den normalen Reichstag an ihre Stelle treten zu lassen. Es dürfte leichter einmündig unter den maßgebenden Faktoren der Reichsverwaltung herrschen, daß gewisse notwendige Arbeiten noch von der Nationalversammlung erledigt werden müssen. Dazu wird die Fertigstellung des Verfassungsentwurfes und die Berücksichtigung der gesamten Steuerentwürfe zu rechnen sein sowie ferner aller jener Gesetze, die sich infolge des Friedensvertrages als notwendig herausstellen. Selbstverständlich kann man nicht einen langen Zwischenraum zwischen Abschluß des Friedensvertrages und der notwendigen Ausführung von Gesetzen legen. Zwischen den Führern der Parteien und der Regierung besteht die einheitliche Auffassung, daß die Nationalversammlung zum mindesten noch mehrere Monate in Funktion bleiben muß.

Aufhebung der Blockade.

Berlin, 12. Juli. (Wolff.) Der Oberste Rat der Alliierten hat beschloffen, die Blockade von heute, den 12. Juli an, aufzuheben.

Das wahre Gesicht der Blockade.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 12. Juli. (Wolff.) Der Teil der Pariser Presse, der sich zu dem Beschluß der Alliierten, die Blockade Deutschlands aufzuheben, äußert, behauptet, daß weder Preußen noch Bayern Gelegenheit gegeben wurde, sich dem Akte der Zentralverwaltung anzuschließen. Die Mächte beklagen in bewegten Tönen die geschäftliche Tätigkeit der Alliierten Frankreichs, die vor allem ihre wirtschaftlichen Interessen geltend gemacht hätten. Man könne jetzt doch hoffen, daß sich die Alliierten und Alliierten nicht allzu große Handelskonkurrenz machen.

Journalist jagt, die Aufhebung der Blockade bedeutet in Wirklichkeit die Wiederannahme der Geschäfte, und fragt:

Vermögens wird die Abgabe nach dem Satz erhoben, der sich für das gesamte Vermögen ergibt. Ist eines der Kinder bereits unter Hinterlassung von Abkömmlingen gestorben, so zählt das verstorbene Kind mit. Die Bedeutung dieser Vorschrift ergibt sich aus folgendem Beispiel, bei dem davon ausgegangen ist, daß

ob die vorzeitige Niederlegung der Schranken, die noch nicht durch andere ersetzt worden seien, nicht Frankreich zum Nachteil gereichen würden, das für den Wettbewerb viel weniger gerüstet sei als England und Amerika.

Das Wiederaufleben des Handels.

Washington, 12. Juli. (Reuter.) Die Schiffahrtsverbindungen mit Hamburg und Bremen werden wieder hergestellt werden, sobald die Lagen dafür werden angebracht werden können. Von Philadelphia wird sofort ein Schiff nach Hamburg abgehen. Aus den südlichen Häfen wird Baumwolle direkt nach New York geschickt werden.

Washington, 12. Juli. (Reuter.) Der stellvertretende Staatssekretär verspricht, daß die Wiederaufnahme des Handels mit Deutschland binnen 48 Stunden getätigt werden würde. Es würden außer für Farbstoffe, Chemikalien und Stahl, die unter die Aufsicht der Wiederaufnahmungskommission fallen, Lizenzen ausgeben werden. Die Schiffahrtsbeschränkungen würden nicht beibehalten.

Der Wiederaufbau Frankreichs.

Verailles, 11. Juli. Heute fand eine vorbereitende Besprechung über Deutschen und einer Unterausschuss über die Ausführung der Leistungen und Lieferungen statt, die Deutschland im Friedensvertrage übernommen hat. Es wurde zwischen dem deutschen Vorkommenden und dem französischen Vorkommenden ein Einverständnis dahin erzielt, daß über eine Reihe von einzelnen Fragen besonders Sachverständigenkommissionen in Versailles zusammenzutreten sollen. Von französischer Seite wurde das dringende Verlangen gestellt, daß in den Arbeiten der Antragskommission der durch den Krieg zerstörten französischen Gebiete alsbald freie deutsche Arbeitskräfte in erheblichem Umfang herangezogen würden. Für Belgien wurde die Beteiligung deutscher Arbeiter als nicht notwendig bezeichnet. Deutscherseits wurde die sofortige eingehende Prüfung der Frage und die baldige Einreichung entsprechender Vorschläge zugesagt. Im übrigen erklärte der Vertreter der Entente, daß sie für die Beteiligung Deutschlands an dem Wiederaufbau Nordfrankreichs und Belgiens zunächst jährliche Vorschläge Deutschlands über die Durchführung von einzelnen erwarteten müßten.

Beilegung der deutschen Volkswirtschaft.

(Eigener Drahtbericht.)

H. Weimar, 12. Juli. Im volkswirtschaftlichen Ausblick der Nationalversammlung wurde nach längeren Erörterungen über alle einschlägigen Fragen, namentlich über die Beilegung des Brotes, von Reichsminister Schmidt eine Bildung der scharfen Auswahlabstimmung beschlossen. Der Weizen soll von nun an nur zu 80%, Roggen zu 82%, ausgewählter werden, was eine wesentliche Verbesserung von Brot und Mehl bedeutet. Gänge von den Sozialdemokraten vorgeschlagene Anträge werden mit geringer Mehrheit angenommen, so der Antrag, für Ferkel bis zu 15 kg einen Höchstpreis von 10 Mark für das kg festzusetzen, für Läufer von 6 Mark. Die allgemeinen Höchstpreise sollen beim gewerbmäßigen und nicht gewerbmäßigen Verkauf von Vieh gleich sein. Der Entwurf einer Verordnung über die Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse wurde mit gewissen Änderungen angenommen. Der vorgesehene Höchstpreis für Getreideeinkauf von 100 Mark die Tonne wird zunächst bis 1. Oktober gewährt. Das Verlangen, die Preisordnung vor Beschluß des Ausschusses und dem Erlass durch das Reichsministerium nach dem Nennwert vorzulegen, ließ man fallen.

Zur Erhöhung der Getreidepreise.

(Eigener Drahtbericht.)

Weimar, 12. Juli. (Wolff.) Der gestrige Beschluß des Wirtschaftsausschusses über die Erhöhung der Getreidepreise wird voraussichtlich die Zustimmung des Nennwert der Nationalversammlung finden. Entsprechend den erhöhten Getreidepreisen wird auch eine Erhöhung des Brotpreises eintreten müssen. Die Regierung wird aber aus den ihr zur Verfügung stehenden 1 1/2 Milliarden sowie Mittel flüssig machen, daß der Brotpreis jedenfalls bis 1. Oktober die gegenwärtige Höhe nicht übersteigt.

Erhöhung der Brotaktion.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 12. Juli. (Wolff.) Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meldet aus Weimar, daß ab 1. Oktober eine Erhöhung der Brotaktion erfolgen solle, wie bereits gemeldet. Eine Erhöhung der Ausmahlung des Getreides fällt weg, um eine größere Menge Mehl für die Viehfütterung zu gewinnen. Ferner, daß in Argentinien große Mengen Getreide auf gekauft wurden, die sich bereits auf dem Wasserwege unterwegs befinden.

Entschädigungsansprüche.

(Eigener Drahtbericht.)

H. Weimar, 12. Juli. Hier ist eine größere Gruppe von Handeisinteressenten und Kaufleuten eingetroffen, um mit der Regierung eine Klageprache zu nehmen wegen der Reichsentschädigung, die den deutschen Firmen und Personen gewährt werden soll, die infolge des Krieges im Auslande Verluste erlitten haben.

der Abgabepflichtige ein Vermögen von 205 000 Mark und drei Kinder hat.

Beispiel.
Vermögen 205 000 Mark, Abgabefrei 5000 Mk., bleiben 200 000 Mark. Kinderprivileg 15 000 Mark, bleiben 185 000 Mark.

Von diesen ist auf 150 000 Mark den drei Kindern entsprechend eine Abgabe von 10 Prozent, gleich 15 000 Mark zu zahlen. Für die restlichen 35 000 Mark ist die Abgabe nach den Sätzen zu erheben, die sich für das gesamte Vermögen ergibt, d. h. auf die 35 000 Mark kommt der Satz in Anwendung, der für ein abgabepflichtiges Vermögen von 200 000 Mark vorgehen ist. Es sind also auf diese 35 000 Mark noch 4550 Mark zu zahlen; zuzüglich der bereits erwähnten 15 000 Mark beträgt die Gesamtabgabe also 19 550 Mark.

Die Zahlung erfolgt als Rente in der Weise, daß der Abgabebetrag mit einer Verzinsung von 4 Prozent innerhalb 30 Jahren in gleichmäßigen Teilbeträgen, von denen der erste am 1. Oktober 1920 fällig ist, getilgt wird. An Stelle der 30jährigen Rente kann auf Antrag für den auf Grund des Besitzverhältnisses entfallenden Teil der Abgabe eine 50jährige Frist festgesetzt werden. Auf Verzögerungen gegen das Gesetz sind hohe Strafen gelegt.

Wissells Planwirtschaft.

Ist vom Reichskabinett mit einem energischen Strich aus dem Proaramm der deutschen Zukunft gestrichen worden. Dem Amann von außen, der auf der deutschen Wirtschaft lastet, wird kein weiterer Amann von innen an die Seite gestellt werden. Allen sachverständigen Beratern unseres Wirtschaftslebens, die aus reifer Erfahrung wissen, daß die deutsche Wirtschaft nur gedeihen kann, wenn jede Einzelmaßnahme wieder in ihre demokratischen Rechte gesetzt wird, fällt ein Stein vom Herzen. Kein Zweifel, daß der Mann erfüllt war vom reinsten Idealismus. Kein Zweifel, daß sein Wirtschaftsprogramm auch Teile enthält, die wertvoll sind und auch von seinen Erben übernommen zu werden verdienen: der Gedanke einer Reichswirtschaftsbank, die die künftigen Anteile des Reiches an privaten Unternehmungen verwalten, der Gedanke eines Reichsfonds zur Finanzierung besonderer Wirtschaftsnotwendigkeiten, der Gedanke eines Arbeitsfriedens, der für die lebenswichtigsten Betriebe Streikbeweunungen ausschaltet und schließlich seine Versuche, den Katastrophen durch eine variablen Überberung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern als friedensbringende Maßnahme in die Wirtschaft einzubauen.

Eine Opposition, die sich mit der Niederlage der Planwirtschaft nicht zufrieden geben will, ist vorhanden. Es gibt bürgerliche Politiker, die sie noch nie vor als unsere einzige Rettung ansehen. In ihrer Spitze steht der einstige Erfinder der Planwirtschaft, Walter Rathenau, der Elektrizitätsminister mit seiner starken Gesandtschaft in der Industrie, die sich zum großen Teile bereits mit dem Wissellprogramm abgefunden hatte. Nur die Industrie bedeutete die Planwirtschaft eine Art Lebensversicherung. Wenn das Reich die Leitung der Produktion übernahm, übernahm es die Garantie für eine hinlängliche Versorgung der lebenswichtigen Betriebe mit Kohlen, Rohstoffen und befristeten Arbeitskräften. Die übrigen Betriebe hätten stillzulegen werden müssen, was nicht ohne Entschädigungen ausfallen würde. Das lockte viele schwächere Unternehmungskräfte, die kein Vertrauen in ihre Zukunft haben, die froh sind, wenn sie den lästigen Zukunftsprognosen im Kampf um den Markt, um die Betriebsräte ihrer Arbeiter entbunden wären und dafür eine behagliche Altersrente einzuwechseln hätten. Von anderen führenden Preisen der Industrie weiß man, daß sie verstanden hätten (wie in den Krisenabschlüssen), auch im System der Planwirtschaft Wohlwollen auf lukrative Klüffeln aufzunehmen. Alle, denen Wissells Programm die persönliche Zukunft erleichtert hätte, werden ihre Stelle nicht leichtsinnig davon schwimmen lassen und es steht nicht aus, daß sie nicht den Versuch einer „Gegenrevolution“ machen werden.

Die unabhängigen Sozialdemokraten hatten an den schärfsten Bekämpfern Wissells gehört, der namentlich im „Vorwärts“ noch bis vor kurzem starke Affinitäten fand. Aber die Kritik der Unabhängigen bestand zu Recht: die Planwirtschaft hätte das, was an dem nach marxistischer Theorie verdamnten Kapitalismus auf ist, nämlich die Entfaltung der Produktivkräfte, aufzuarbeiten, ohne die nach Marx behaupteten Schäden des Kapitalismus, der im „Diktatorium“ des Unternehmertums bestehen soll, zu beheben. Nur den echten Sozialisten abt es nur ein Wirtschaftsprogramm: die Sozialisierung, die rechtliche Verneinung der Planwirtschaft. Und da der sozialistische Teil des Kabinetts Bauer darauf auszuweisen muß, der unabhängigen Sozialdemokratie den Wind aus den Segeln zu nehmen, haben wir nun — darüber darf kein Zweifel sein — von Reiterungsseite her stärkere Impulse auf alle eine Sozialisierung zu erwarten. Mühte sich die Öffentlichkeit bisher mit der Prüfung der Planwirtschaft befaßt, so muß sie jetzt sich ernstlich um das Studium der Sozialisierung bekümmern. Auch hier können Gefahren für die Wirtschaft entstehen. Sollte man eines Tages mit dem fertigen Entwurf der Planwirtschaft überumweltet wurde, dann sind in Kürze ein Ministerprogramm für die allgemeine Sozialisierung zu erwarten. Der Sozialisierung der dafür reifen Betriebe, insbesondere aller Monopolunternehmungen, wird sich kein deutscher Bürger entziehen dürfen. Aber nicht eines jeden ist es, an ihrer Ausgestaltung positiv mitzuarbeiten, damit Fehler vermieden und alle Vorteile für die Volkswirtschaft verwirklicht werden können.

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 10 Seiten und Pyramide.

Vor dem Friedenszustand.

Die Auslieferung Wilhelms II.

(Eigener Drahtbericht.)

Osaka, 12. Juli. Der Londoner Mitarbeiter des „Newe Courant“ meldet, die öffentliche Meinung scheint immer mehr gegen die Einleitung eines Verfahrens gegen den ehemaligen deutschen Kaiser zu sein.

Hamburg, 12. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Das „Freieblatt“ berichtet von der italienischen Grenze: Die der Korrespondent des „Secolo“ meldet, ist der Kaiser von Japan gegen die Auslieferung Wilhelms II. und gegen das geplante Gerichtsverfahren.

Der internationale Kolonialausschuss.

(Eigener Drahtbericht.)

Bern, 12. Juli. (Wolff.) Der internationale Kolonialausschuss hat, wie der „Corriere della Sera“ berichtet, einstimmig den Grundgedanken der offenen Tür für alle Staaten unter Ausschluß jedes Vorrechtes für den Mandatar gutgeheißen.

Die militärische Klausel.

(Eigener Drahtbericht.)

Bern, 12. Juli. Später Blätter zufolge wurde im Kammerausschuss für den Friedensvertrag gestern die militärische Klausel besprochen. Man erklärt, daß der Vertrag zwar keinen militärischen Charakter habe, daß nach dem Militärabkommen mit England und Amerika und durch die Tatsache, daß diese Staaten jetzt größere Armeen besitzen, die Lage Frankreichs zu jener im Jahre 1914 gekehrt sei.

Der Friedensschluß mit Oesterreich.

(Eigener Drahtbericht.)

St. Germain, 12. Juli. Die österreichische Friedensdelegation hat heute die Vorschläge zu sämtlichen Klauseln des Vertragsentwurfs angenommen, die wirtschaftlichen Bestimmungen überreicht.

St. Germain, 12. Juli. Staatskanzler Renner richtete an den Präsidenten des Obersten Wirtschaftsrates der Alliierten ein Schreiben, in dem es u. a. heißt: Da wir, der Aufforderung des Obersten Wirtschaftsrates folgend, alle im Anlande und in neutralen Staaten befindlichen ausländischen Wertpapiere in österreichischem Besitz Ihnen zur Verfügung gestellt haben, während die in den alliierten und assoziierten Staaten vorhandenen ausländischen Werte mit Beschlag belegt worden sind, sind wir gegenwärtig absolut nicht in der Lage, uns rechtzeitig von anderer Seite Kredite für den Bezug von Lebensmitteln zu verschaffen.

Edital, 12. Juli.

(Eigener Drahtbericht.) Wiener (Korr.-Büro.) Die militärischen Waffenstillstandsbedingungen sind beendet. Gemäß den Bestimmungen sollen die Südbalawen am Montag 5 Uhr nachmittags Klabenräumen und über die De-

Die „Pyramide“.

Wochenchrift zum Karlsruher Tagblatt

Erstmal in ihrer heutigen Nummer folgende Beiträge: Die Kreireisenden. Von W. S. — Zur Frage der Umgestaltung akademischer Lehrformen. Von Dr. A. v. Grolman. — Ueber Schwabens Gärten und Theater in Vergangenheit und Gegenwart. I. Von Karl Freund. — Sommergemitter. Von W. F. —

Schüleraufführungen des Konservatoriums

Odenstein.

Es kann nicht Aufgabe dieser Zeilen sein, den umfangreichen und so zu erwerbenden Apparat der über zwei Wochen gedehnten Nachmittagsaufführungen des Breiten und ins Einzelne gehend, auszuwählen — und jedes Talent als eine Entdeckung begrüßend — zu beschreiben und zu glorifizieren. Es darf die Behandlung klar sein, die an Anstaltsaufführungen nicht ist: einzelnes gewichtig Hervorgehendes wird herausgehoben und genannt, auch beurteilt dann, und die Dutzendweise dem gegenüber nicht weiter beachtet. Ein Unterschied des Verfahrens ist aber in Betracht zu ziehen: es handelt sich im Konservatorium wesentlich um Kritik am Lehrkörper. Denn von vornherein entbehrt ja das Schülermaterial, was es noch zu promovieren sich als Konzertausübendes vornehmen, doch notwendig die keine Schule bilden kann und die den Aufschlag gibt im Wert des Künstlerturns. Nicht also, ob da und dort wirkliche Reime von Schöpferkraft sich bereits entfalten oder eine reiche Technik vielleicht schon vorliegt, sondern, daß sie sich in der richtigen Weise ausbilden lassen, daß es ganz sicher

markationslinie zurückgehen. Sobann rüden die südbösterreichischen Sicherheitskräfte in Klagenfurt ein. Die wirtschaftlichen Verhandlungen beinhalten nach der Meinung.

Deutsche Kohlen für Belgien.

(Eigener Drahtbericht.)

Brüssel, 12. Juli. „Daily Mail“ meldet: Belgien wird ein Anrecht auf deutsche Ruhrkohlen bis zur Höhe der eigenen belgischen Produktionsleistung zu haben, die in den Ausführungsbestimmungen des Friedensvertrags von Deutschland festgelegt werden sollen.

Italiens Wirtschaftsnöte.

Bern, 12. Juli. Laut „Corriere della Sera“ führte in der letzten Kammer Sitzung die Unterstaatssekretär für Bergbau aus, daß die Ernteharvesten Italiens sich immer mehr verschlechtern und nur noch Lebensmittel für einen Monat vorhanden seien. Die Lage werde durch den Nachtraumangel noch komplizierter. Ebenso notwendig sei die Einfuhr von Getreide für die von Kohlen. Die Verschaffung von Schiffsraum sei ein kaum zu lösendes Problem, besonders wenn man bedenke, daß die Lieferungen des Getreides einfach verfallen, wenn die Lieferungen nicht bis zum 1. August abtransportiert sind. Darum müßten freiwillige Einschränkungen eintreten. Das Schlimmste sei, daß die Produktion in allen Anleihen in der Industrie wie in der Landwirtschaft zurückgehe. Milchprodukte kommen immer weniger auf den Markt und scheiden für den Export aus. Früher habe Italien einen Ausdeber selbst abgedeckt, jetzt müsse es 800 000 Doppelzentner einführen. Der Unterstaatssekretär schiedte sich auch nicht, am Schluß seiner Rede auf die Gefahren der wirtschaftlichen Lebermacht Englands und Amerikas hinzuweisen. Früher bestand die Gefahr eines deutschen Handelsmonopols, jetzt bestehe die Gefahr eines amerikanischen. Darum werde sich bald als notwendig erweisen, daß die weniger reichen Nationen sich zusammenschließen, um gegen die wirtschaftlichen Erdrückungsversuche der Anelanchen Front zu machen.

Die italienische Grenze gesperrt.

(Eigener Drahtbericht.)

Zürich, 12. Juli. Die italienische Grenze ist seit Freitag früh gesperrt.

Rußland.

Bursch und Kollschak.

In Paris wird seit einiger Zeit von W. Bursch, dem aus der Zeit des zaristischen Rußlands bekannten Revolutionär und Freiheitskämpfer, eine russische Zeitung „Obščinstwo“ herausgegeben, die sich für die Wiederherstellung eines ungeheilten, einseitigen Rußlands auf demokratischer Verfassungsgrundlage einsetzt. Bursch bemüht sich, die seit der Revolution vielfach auseinandergetrennten russischen demokratischen Parteien in ein gemeinsames Bunde zu leiten und sie für den Wiederaufbau von Rußland mit Unterstützung der Entente zu verwenden. Der Bolschewismus wird von Bursch energisch bekämpft, während andererseits die Regierungspolitik in Sibirien in ihm einen eifrigen Befürworter findet.

Da Kollschak nicht nur von bolschewistischer Seite, sondern auch aus dem Lager derer, die den Sozialismus ablehnen, die sich um Kerenski und Wollstschew schart, heftig anacritisiert wird, so hat sich zwischen dieser Gruppe und Bursch eine lebhaft feindschaftliche Entwicklung. Auch die dem Bolschewismus anhängenden sozialistischen Kreise Frankreichs werden von Bursch unentwegt auf die Unhaltbarkeit der Zustände in Sowjetrußland hingewiesen und darüber unterrichtet, daß unter den augenblicklichen Verhältnissen einzutreten und allein die Verantwortlichkeit Kollschaks als Leiter Rußlands in Ruine kommen kann.

An der „Obščinstwo“ vom 11. Juni schreibt Bursch: „Die Zeitung „Republique Russe“ trägt bei mir an, aus welchem Grunde ich mich gegenwärtig so sehr für Kollschak einsetze, nachdem ich früher den Kollschak als meinen Todfeind bekämpft habe. Darauf kann ich antworten, daß ich den Kollschak deshalb bekämpft habe, weil er energisch nicht die Einberufung der Reichsдума ausgetrieben wollte. Wegen meiner damals gegen den Kollschak gerichteten Reinschärfe habe ich im Rußland sitzen müssen. Nachdem er endlich die Reichsдума bewilligt hatte, änderte ich meine Stellungnahme gegen ihn in man-

der Beziehung. Bieb aber dennoch sein Geamer und Feind, weil er für ein freies Rußland absolut kein Verständnis aufzubringen vermochte. Für Kollschak trete ich jetzt hauptsächlich deswegen ein, weil er sich für die Konstituante einsetzt, weil er ferner ein Todfeind der Bolschewisten und Deutschen ist und weil er endlich ein einiaes, freies Rußland anstrebt. Ich werde immer auf der Seite derer stehen, die für eine konstituierende Versammlung, gegen die Bolschewisten und für ein einiaes und freies Rußland stimmen. Kollschak ist meiner Ansicht nach eine vollkommen einwandfreie Persönlichkeit und ein aufrichtiger Demokrat. Unter seiner Umarmung in Sibirien werden sich kaum Leute finden, die als Verfechter des autoritären zaristischen Regimes anerkannt werden können. Allerdings befinden sich darunter auch Nichtrepublikaner, aber auch sie sind willens, sich der Konstituante zu unterwerfen. Die Hauptsache bleibt aber, daß die Freunde Kollschaks durchweg wahrhafte Patrioten, Todfeinde der Bolschewisten und Deutschen und Verfechter der Idee eines einiaen Großrußlands sind. Jeder Versuch, die Beziehungen und Abhängigkeiten Kollschaks zu verbieten, muß deshalb als vaterlandverräterisch energisch bekämpft werden.“

Das reaktionäre Rußland.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 12. Juli. (Wolff.) Wolff und Malakoff sowie Gaimoff richteten laut „Journal“ an die Friedenskonferenz eine Note. Sie verlangen darin, daß Rußlands Ansprüche auf Konstantinopel als noch bestehend angesehen werden. Keine andere Macht dürfe in der Zone der Mesopotamien ein Mandat ausüben und für den Fall, daß eine internationale Kommission hierfür eingesetzt werde, müsse Rußland daran teilnehmen. Die Note möchte auch das Reich Rußlands auf das Protokoll über Armenien geltend.

Deutsche Nationalversammlung.

(Eigener Drahtbericht.)

Weimar, 12. Juli. (Wolff.) Eröffnung der Sitzung um 9.45 Uhr.

Die Genehmigung zur Strafverfolgung der Abn. Genex (H. S.) und Seger (H. S.) wegen politischen Vergehens und der Abn. Dr. Blund (Dem.) und Dr. Quessel (Soa.) in Reichsausschüssen wegen Verleumdung wird verlesen.

Es folgen Wahlprüfungen.

Nach kurzer Erörterung wird die Wahl des Abn. Rübeyko (Ztr.) 10. Wahlkreis (Oppdn) für un-aültia erklärt.

Es folgt die Beratung über die Wahl im 23. Wahlkreis (Düffelberg).

Aubell (Soa.) führt als Berichterstatter aus, daß die Sozialisten durch Anträge auf Wahllokalen und Wähler die Ausübung des Wahlrechtes für etwa 58 000 Wähler ummäßig machten.

Der Ausschuss beantragte eine teilweise Nachwahl, um Material aus der Wahlzettelkassette zu erhalten. Regierungsvertreter Frhr. v. Beller führt aus, daß von Nachwahlen im Wahlkreis nichts vorzusehen sei.

Nach weiterer unbedeutender Debatte beauftragt Abn. Gröber (Ztr.) die Beschlusfähigkeit des Hauses.

Der Präsident hält es für überflüssig, wegen der geringen Zahl der Anwesenden die Beschlusfähigkeit festzustellen.

Es tritt Vertagung ein.

Nächste Sitzung Montag nachmittags 8 Uhr.

Reiz der heutigen Tagesordnung.

Schluß 12 1/2 Uhr.

Ueber die Rückkehr unserer Gefangenen

wird uns von makroebender Seite mitgeteilt:

Die sechs durch die Nationalversammlung erlassene Resolutionen des Friedensvertrages ist die Voraussetzung für die Rückkehr unserer Kriegsgefangenen. Es sind bisher von der Entente feste Termine über die Rückgabe unserer Truppen noch nicht ausgemacht worden. Nach dem Stande der Vorbereitungen ist aber zu erwarten, daß der Transport unacfahr Mitte Juli gegen Anfang August wird. Es kommen unacfahr 1/2 Millionen Mann in Frage. Schon aus dieser großen Zahl acht hervor, daß der Transport sich auf einen achtzehnten Zeitraum ausdehnen wird. Die Gefangenen, die in der aktivsten Zone beim Wiederaufbau beschäftigt sind, werden in dem

Reihe nach Deutschland zurückgeschickt, wie sie von freiwilligen Arbeitern abgeliefert werden.

Der Wiederaufbau Belgiens und Frankreichs durch deutsche freiwillige Arbeiter macht eine besondere Organisation notwendig, da große Massen von Hilfskräften benötigt werden. Das Stilllegen eines großen Teiles unserer Industrie und besonders die durch die Leueruna bedingte völlige Ruhe auf dem Baumarkt räumen einen großen Teil der Schwierigkeiten aus dem Wege, da auf diese Weise eine genügende Anzahl von Arbeitern für die Bewe des Wiederaufbaus frei wird.

Die Zahl der Kriegsgefangenen ist übrigens in den letzten Wochen erheblich geringer geworden, da die aus den politischen Gründen flammenden ehemaligen deutschen Truppen bereits zur Salter-Armee entlassen worden sind. Von der deutschen Regierung sind bereits die notwendigen Maßnahmen zur Aufnahme der großen Massen heimkehrender Soldaten getroffen worden. Sie werden zuerst in großen Sammelplätzen vereinigt, um dann in ihre Heimatstädte und Dörfer zur Arbeit entlassen zu werden. Es ist zu erwarten, daß deutsche Eisenbahnen und Maschinen in großem Umfange in Anspruch genommen werden, da die Bereitstellung deutscher Werkzeuge und Maschinen von der Entente gefordert wird. Eine Kommission zum Empfang der Truppen wird überall an den Stationen der Entente unsere Gefangenen erwarten. Sie werden nunmehr in die Durchgangslager überführt, wo eine eingehende Gesundheitskontrolle durchgeföhrt wird. Hier erhalten die Gefangenen auch die ihnen zustehenden Gebührlungen. Nach Erledigung aller dieser notwendigen Formalitäten können dann die Truppen entlassen werden. Man hofft, daß der gesamte Rücktransport unserer Truppen spätestens im Herbst dieses Jahres beendet sein wird.

Badischer Landtag.

Die Steuervorlagen im Haushaltsausschuss.

In Ergänzung unseres gestrigen Berichts über die Beratung der neuen Steuervorlagen im Haushaltsausschuss tragen wir noch folgende Einzelheiten nach:

Zu Beginn der Erörterung wurde von der Eintrage des Vva. Oberbürgermeisters Kenntnis genommen, in der große Bedenken wegen der Heranziehung der Reichsrenten für die Neuerrichtung der Einkommens- und Vermögenssteuer zum Ausdruck gebracht werden. Zu den bekannten Einwänden des Mannheimer Allgemeinen Fabrikantenvereins und der Manufaktur, das Verlangen dieser Kreise sei unerfüllbar betrage in diesem Falle etwa 13 Millionen Mark.

Sie erklärte sich dagegen bereit, zu bestimmen, daß das Betriebskapital der Aktiengesellschaften nicht der doppelten Besteuerung unterworfen werde. Auch die Finanzminister der Genossenschaftlichen Vereine berichtigend werden. Es sei jedoch fraglich, ob dies auf die Dauer durchzuführen sei. Der Ausfall betrage in diesem Falle etwa 12 Millionen Mark.

Bei den (ich) zum Teil bekannt gebliebenen Anträgen desentrums und der Sozialdemokratie, die unteren Klassen möglichst zu schonen oder ganz von dem weiteren Steueranwuchs zu befreien, soll die Form einer Resolution ausgemacht werden, da die Regierung ihre unbedingte Bereitwilligkeit auf Berücksichtigung ausbricht.

Der sogenannte Kinderparagraph wird nach den Anträgen desentrums und der Sozialdemokratie verbessert werden: bisher durften für Kinder nur Steuerbefreiungen gemacht werden bis zu einem Einkommen von 800 Mark; künftig kann dies bis zu einem Einkommen von 8000 Mark ausgedehnt werden. Dem stimmen alle Parteien und auch die Regierung zu. Ferner sollen auf Antrag der Sozialdemokratie alle Einkommen bis zu 6000 Mark von dem vorhergehenden weiteren Steueranwuchs befreit werden. Es ist schon berichtet worden, daß dieser Antrag mit 11 gegen 2 Stimmen bei 4 Stimmenthaltenen angenommen worden ist. Außerdem wurde bei den früheren Entwürfen eine weitere Staffelung von der Sozialdemokratie beantragt und mit 10 gegen 1 Stimme bei 6 Stimmenthaltenen bewilligt beschlossen. Während nämlich die Steuerbefreiung bei einem Einkommen von 200 000 Mark einen Zuschlag von 800 v. S. vorließe, betrug bei der sozialdemokratischen Antrag einen Zuschlag von 500 v. S. bei einem Einkommen von 300 000 Mark bis 1 Million Mark.

Der Vermögensteuern nach der sozialdemokratischen Forderung, wonach der Zuschlag schon bei 50 000 Mark beginnen soll, wurde mit dem Vorbehalt angenommen, daß er nur erhoben wird bei

und Paul Eberhard, der die Aufführungen abschließend das Brahms'sche Konzert mit Orchester in B-dur (W. 83) spielte, steht schon bemerkt über dem Technischen und nicht schon eigene Wege der Pianistik (vielleicht wäre ihm größerer Erfolg im Begabte nach anzuraten), wenn ihm auch der tiefste Sinn der Brahms'schen Gedankenwelt erst noch offenbar werden muß.

Kleinere pianistische Geistesgaben und Talente sollen mit einem Geantloft bedacht sein. Bevorzugen werden aber die, die selbst durch technische Unvollkommenheiten, die Sängern, Streichern und Pianisten hindurch stets bemerkbar blieb, welcher Wert vom Orchesterischen Konservatorium auf die allgemein musikalische Erziehung gelegt ist; diese rein ideelle Bildung muß als ein unerschütterlicher Faktor angesehen werden, ob die jungen Menschen, die da den Worten zugeführt werden, mit dem Künstlerdurst folgen werden oder im kleinen und kleinsten Kreis einem familiären oder erstgenannten Dilettantismus huldigen. Es wird Volksbildungsbildung da geleistet. Und der Ernst und der Eifer, die in dem Schülermaterial deutlich sichtbar sind, geben dem Konservatorium ein begründetes Vergeh.

Theater und Musik.

Gugo Riemann. Einer der bedeutendsten Musikforscher und Theoretiker, Prof. Dr. Gugo Riemann ist in Leipzig am 10. Juli, kurz vor Vollendung seines 70. Lebensjahres gestorben. Der große Gelehrte wurde am 18. Juli 1849 in Großmehlau bei Sondershausen geboren. Er studierte in Berlin und Erlangen. Musiktheorie und Geschichte. Nach dem Studium aus den Feldzügen von 1870/71 wandte sich Riemann der Musik als Student in Leipzig, wo er zugleich Schüler des Konservatoriums wurde; 1878 promovierte er in Göttingen. Nach mehrjähriger Dirigenten- und Lehrstätigkeit in Bielefeld habilitierte er sich als Privatdozent der Musik an der Universität Leipzig, eine aber 1880 als Professor nach Bonn, wo er die sämtlichen theoretischen Fächer am Konservatorium zu Hamburg und nach übernehmender Tätigkeit am Konservatorium zu Wiesbaden. 1895 lehrte er nach Leipzig zurück und nahm die Vorlesungen an der Universität wieder auf. Im Jahre 1908 wurde er Direktor des neu errichteten Musikwissenschaftlichen Instituts. Neben einer ausgebreiteten musikalischen Tätigkeit, aus der vor allem sein „Musik-Lexikon“ und die „Analysen der Beethoven'schen Sonaten“ genannt seien, ist Riemann besonders auch als Reformator auf dem Gebiete der Methodik des Musikunterrichts hervorgetreten.

Hermann Bentz, dem ebenfalls das Konservatorium auszeichnet, vorstellte. Es wird bemerkt, daß des Letzteren Schaffen mehr innerlicher Natur sei, ohne Krampf und Angelegenheit. Hoffen wir, ihm noch in der Öffentlichkeit zu begegnen!

Es war eine Bombe, dem wunderbar modellierten Anschlag der Elisabeth Wörz zu lauschen, diesem Kunstwerk an sich schon. Der Anschlag — das ist aber ein durchgehendes Merkmal sämtlicher Schüler, die ich hörte — der Anschlag hat überall die gleiche Gebiegenheit, die selbständig, möchte man sagen, ausgeglichene und stetig plastische Kraft mit Elastizität fern verknüpft. Und damit eine Grundvoraussetzung für Durchdringung des Stimmengewebes in der Vollgründigkeit von Afforden wie im weichen Klavierwerk des Legato.

Man darf nicht annehmen, dieser Klavierstunde das höchste Lob zu zollen, die eine fortwährende Energie auf ihre Hörsinn ausstrahlt, wie das deutlich zu konstatieren ist. Von ihnen sind namentlich zu nennen: Martha Wagener, die in einem ihr ausschließlich gewidmeten Vortragabend schon allein das Bild einer außerordentlichen physischen Ausdauer lieferte. Beethovens „Hammerklavierkonzert“; man denke: diese grandiose Dichtung mit ihren gedanklichen Winkeln und ihren technischen Spitzfindigkeiten geradezu spielte die junge Dame ohne Noten und — ohne Not; sie ist in das Werk eingedrungen und offenbarte ein tiefes musikalisches Fühlen und Sinnieren auf die Geheimnisse, die dem Werk — und dem Instrument — anhaften sind. Und so ging's weiter durch äußerlich kleinformatige Stücken, die aber von technischen Feinheiten (das duftige Spiel des ornamentalen Figurenwerkes im Chopin hatet mir noch im Sinn), weiter, hin bis zu der monströsen Anlage der Heger'schen Variationen auf ein Telemann'sches Thema. Die Kraft und Ausdauer der Künstlerin schien sich vor dieser erprobten Aufgabe noch zu steigern, und scheint ihr auch das speziell Heger'sche noch nicht so vertraut, und mußte die kolossale Fuge auch fallen, da es wirklich zu viel wurde (selbst für die Hörer), so ist doch der Beweis geliefert, daß ein Können von eminentem Maß da am Werk ist und einer Führung alle Ehre macht, die in der Bewältigung solcher Riesenaufgaben sich spürbar als ausgezeichnet manifestiert.

Esens hat die Schule recht erfolgreich „angeflogen“ im Spiel von Gertrud Weitenberger, die sehr verständnisvoll darlegend u. a. ein Variationenwerk einer jungen Leipziger Komponistin, Elisabeth Knauth, spielte, das man bald im Druck zu sehen wünscht; denn die außerordentlich begabte genade Arbeit ist für alle Pianisten ein höchst dankbares Konzentrat, das namentlich auch, neben der ansprechenden Thematik, ihrer Umwandlung auf ein eigenes Thema, die Klavertechnik uns recht Licht zu setzen vermag.

in ein paar Jahren an (unbewußter) Ueberanfertigung rethetisches zu Grunde gegangen ist. Was jetzt schon aller natürlichen Energie der Stimme fehlt, sie verleiht tremoliert (in dem Alter!) und offenbar zu hoch hinaus gefahren ist, ungeschickten sich eng und nicht über weitem Atem frei bewegt. Die Stimme steht im Interesse der Schülerin, die etwas mitbringen möchte mit Ausnahme bereits der Naivität, baldint gerufen werden. Hier hat ein offenbar besser der Diagnose statt. Hier ist alles, nur kein Konvulsionskrampf vorhanden, und es wird auch weiter, trotz allen Erfers an der Ausbildung.

Dann zeigte Frau Olga Mertens-Leger, daß selbst ein eifriges Studium, technische Fähigkeit und Annuit des Vortrags nicht den Mangel einer Singstimme erlösen können, so daß vor der Operation, auch nur im Keinen können, geküßelt oder auf einer Bühne geführt zu werden, dringend zu warnen ist. Der Schweiß ist verhängend.

Gernot bei Heinrich Kuppingert, dessen Tenor ein mit Gehörmitteln geküßeltes Material von geringem Volumen ist und ohne Klang.

Einzig erlösend wirkte die Altistin Anna Maucher, die offenbar selbst weiß, worauf es ankommt und das nicht so sehr grobe, aber ausgeglichene Organ geschmeidig, ohne Ueberheißung der Kräfte, und ungeschicklich sicher verwendet, indessen auch noch einige Mängel abstellen muß, um dann, wenigstens in Konzerten, gehört werden zu können.

Von den Streichinstrumentalisten läßt sich rühmend berichten, daß sie ein Streichquartett Mozart Nr. 1 (G-Dur) recht sauber und nicht ohne hübsche Klangentwicklung und Durchsichtigkeit bewältigten. Das ist im Hinblick auf die so wichtige Frage des Zusammenstimmens speziell für das Konservatorium sehr anerkennenswert. Die Einzelleistungen waren naturgemäß heftig und von Durchsichtigkeit. Einer Erna Dietrich fäher und geschmackvoller Geigenkonst fiel mir auf.

Die Klavierklassen: Sie bedeuten den offenkundigen Kernpunkt des Instituts. In den Leistungen der Klavierstüler und jungen Klaviermeister T. F. — prägt sich eine einseitliche, bemüht einem durchweg fühlbaren System entsprechend gefaltete Hand aus, das eben, was man eine richtige Schule nennt. Und dieser Schule kann man rechtlos attestieren, ihrem Wirken durchaus beizustimmen. Eine Schülerin, die schon fertige Künstlerin ist, die unversehens, ungeschicklich Elisabeth Wörz, spielte auf dem Eröffnungabend (mit Konzertmeister Bogt vom Landes-theater) eine Gelegenheitskomposition des einheimischen Komponisten Hans Swarajara, die schwingend und von durchsichtiger Struktur in Klang und Melos schwebelnd sich ausbildet. Leider war es die einzige Gabe der Aufführung, der wir beizuhören konnten und die noch den Komponisten

Einem nichtrealen Einkommen von mindestens 6000 Mark. Bei den Vermögenden von 12 1/2 bis 15 Millionen Mark soll die Steuerprogression noch verschärft werden.

Am Dienstauch wird die Beratung der Steuerkollektoren fortgesetzt, während am Montaa der Nachtrag zum Staatsbudget weiter beraten wird.

Das Landwirtschaftsamtgesetz

Zu einer außerordentlichen Vollversammlung war die Badische Landwirtschaftskammer am Samstag im Landtagsaal zusammengetreten, um sich über eine Reihe wichtiger Punkte, nämlich das neue Landwirtschaftsamtgesetz, die Bodenreformierung und das Brauntweinmonopolgesetz auszusprechen.

Die Vollversammlung nahm hierzu einen eingehenden Bericht des Landwirtschaftsamtpräsidenten Dr. W. K. Arnold, der den Vertreter der Regierung Geh. Rat Arnold begrüßte, dann an die Kammermitglieder selbst und unter ihnen an den aus dem besetzten Hannoverschen erschienenen Oekonomierat Bürgermeister Saenger die üblichen Begrüßungsworte richtete.

Es wurden auch wieder Wünsche geltend gemacht, die Benennung der Agenturen zu ändern. Man gebe den Agenturen die Bezeichnung Land-Rohstoff- oder Landpostamt. Der Entwurf des Reichstages des Reichspostministeriums auf dem Verbandstag in Leipzig, daß es auch Postagenturen in der Stadt gibt und für diese dann die Bezeichnung nicht auf passe, kann nicht gelten, denn diese Postagenturen liegen ausschließlich auf dem Reichsgebiet; die Postagenturen geben man den Titel Postämter.

Der Karlsruher Kreisausschuß hat zum Vorsitzenden Stadtrat Wilhelm Kreis in Karlsruhe, zum 1. Stellvertreter Kaufmann Wilhelm Kreis in Intercombach, zum 2. Stellvertreter Oberlehrer Frau Käthe Stadelbacher in Karlsruhe erwählt.

Aus Baden.

Jahresplanänderungen.

Vom Montaa, den 14. Juli an treten auf den Strecken Mannheim-Schwetzingen, Karlsruhe-Mannheim und Karlsruhe-Karlsruhe einzelne Fahrplanänderungen in Kraft. Das Mehrere ist bei den Stationen durch Schaltertafeln bekanntzugeben.

Der badische Bahnhof in Basel.

Es wurde durch das badische Bureau gemeldet, daß der badische Bahnhof in Basel in der Zeit vom 15. bis 20. Juli dem Betrieb wieder übergeben werde. Die Generaldirektion teilt dazu mit: Es konnte ein bestimmter Zeitpunkt für die Wiedereinrichtung des Bahnhofes nicht festgesetzt werden, weil die amtliche Zustimmung der Schweiz für die Wiederaufnahme des Betriebes, die allerdings in aller nächster Zeit erwartet wird, noch nicht eintreffend ist.

rr. Mannheim, 12. Juli.

Die außerordentliche Steigerung der Kohlenpreise um 31 Mk. die Tonne seit 1. Mai d. J., sowie die Erhöhung der persönlichen Kosten bei den Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerken machen eine weitere erhebliche Erhöhung der Preise für Wasser, Gas und Strom unbedingt notwendig. Der Stadtrat hat infolgedessen beschlossen, die Wasser- und Gaspreise um 4 1/2 % und die Strompreise um 25 % auf 20 Pf. für den Grundpreis, den Gaspreis um 30 auf 40 Pf. für den Grundpreis, den Lichtstrompreis um 37 1/2 auf 55 Pf. für die Kilowattstunde zu erhöhen.

rr. Mannheim, 12. Juli.

In einer gestern abend abgehaltenen Versammlung sämtlicher badischer Ausbillausgestellten, Vertrauensleute und Arbeiterausschüsse der Stadtgemeinde wurde zu dem Stadtratsbeschlusse Stellung genommen, nach dem die Besüge der Ausbillausgestellten gemeinsam mit denen der städtischen Beamten und Lehrer neu geregelt werden sollen.

Badische Postfil.

Postagentenverein im Oberpostdirektionsbezirk Karlsruhe.

Gelegenlich einer Jahresversammlung, die gestern abend stattfand, kamen die Wünsche der Postagenten zur Sprache. Es war nach einer Pause von 5 Jahren wieder das erste Mal, daß die Kollegen zusammengekommen waren. Die Aussprache wurde durch einen

Bericht des Vertreters auf dem Ende Mai in Leipzig abgehaltenen Reichsverbandstag, Jills-Söllingen, eingeleitet. Es wurde da vorgebracht, daß die Behandlung unterschiedlich sei gegenüber anderen Beamten der Reichspost. Entweder sei der Postagent ganz vergessen worden oder die Forderung darauf, daß sie als ungenügend bezeichnet werden müßte. Heute noch gebe es Postagenten, die 42 M. oder bei 20 Dienstjahren 72 M. monatlich haben, und Agenturen, bei denen 2 Personen vollauf beschäftigt sind, mit einer monatlichen Vergütung von 100 M. Die noch mancherlei Wandlung gewährende Zulage von 30 Prozent ändern daran nichts, denn die Mehrleistungen in Verbindung mit der Zulage übersteigen die Zulage um das Vielfache. Von dieser geringen Vergütung geben die Rente für den Arbeitsraum, die Ausgaben für Heizung, Licht und Schreibbedürfnisse, Restenausfälle usw. bei 8 Prozent der Agenturen noch ab, denn nur die ganz großen Agenturen erhalten neben der Vergütung noch eine Dienstauswärtigenzulage. Kervordings wurde betont, daß die sog. Kreiszulage auf 100 Prozent der Vergütung vom Reichspostministerium erhöht worden sei. Wenn auch dies als ein Fortschritt anzusehen ist, so muß doch die unterschiedliche Durchführung beanstandet werden. Der eine erhält 50, der andere 60 Prozent und nur eine Minorität bringt es auf 100 Prozent. Die Postagenten verlangen eine völlige Entschädigung für die angewandte Zeit und Mühe nach festem Grundlohn unter vollständiger Trennung der Dienstauswärtigen und unter Zugrundelegung der Gehälter, wie sie die anderen Reichspostbeamten erhalten. Es ist kein Unterschied zwischen den Postagenten und dem Schalter eines Postamtes oder denen einer Postagentur. Wenn auch die Reichspost durch eine etwaige Neuregelung belastet wird, so wird mit einer Aufhebung dieses Standes doch dessen fremde Mitarbeit verschert.

Es wurden auch wieder Wünsche geltend gemacht, die Benennung der Agenturen zu ändern. Man gebe den Agenturen die Bezeichnung Land-Rohstoff- oder Landpostamt. Der Entwurf des Reichstages des Reichspostministeriums auf dem Verbandstag in Leipzig, daß es auch Postagenturen in der Stadt gibt und für diese dann die Bezeichnung nicht auf passe, kann nicht gelten, denn diese Postagenturen liegen ausschließlich auf dem Reichsgebiet; die Postagenturen geben man den Titel Postämter. Im Schluß wurde bedauert, daß verschiedene Kollegen noch dem Verband fernsehen, und der Wunsch ausgesprochen, daß sie sich wegen baldiger Anmeldeungen an den Kreispostagenturen Kreis, Hudenfeld bei Forstheim, wenden mögen.

Der Karlsruher Kreisausschuß

hat zum Vorsitzenden Stadtrat Wilhelm Kreis in Karlsruhe, zum 1. Stellvertreter Kaufmann Wilhelm Kreis in Intercombach, zum 2. Stellvertreter Oberlehrer Frau Käthe Stadelbacher in Karlsruhe erwählt.

Aus Baden.

Jahresplanänderungen.

Vom Montaa, den 14. Juli an treten auf den Strecken Mannheim-Schwetzingen, Karlsruhe-Mannheim und Karlsruhe-Karlsruhe einzelne Fahrplanänderungen in Kraft. Das Mehrere ist bei den Stationen durch Schaltertafeln bekanntzugeben.

Der badische Bahnhof in Basel.

Es wurde durch das badische Bureau gemeldet, daß der badische Bahnhof in Basel in der Zeit vom 15. bis 20. Juli dem Betrieb wieder übergeben werde. Die Generaldirektion teilt dazu mit: Es konnte ein bestimmter Zeitpunkt für die Wiedereinrichtung des Bahnhofes nicht festgesetzt werden, weil die amtliche Zustimmung der Schweiz für die Wiederaufnahme des Betriebes, die allerdings in aller nächster Zeit erwartet wird, noch nicht eintreffend ist. Es sind alle Vorkehrungen getroffen, daß der Betrieb alsdann binnen wenigen Tagen aufgenommen werden kann.

rr. Mannheim, 12. Juli.

Die außerordentliche Steigerung der Kohlenpreise um 31 Mk. die Tonne seit 1. Mai d. J., sowie die Erhöhung der persönlichen Kosten bei den Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerken machen eine weitere erhebliche Erhöhung der Preise für Wasser, Gas und Strom unbedingt notwendig. Der Stadtrat hat infolgedessen beschlossen, die Wasser- und Gaspreise um 4 1/2 % und die Strompreise um 25 % auf 20 Pf. für den Grundpreis, den Gaspreis um 30 auf 40 Pf. für den Grundpreis, den Lichtstrompreis um 37 1/2 auf 55 Pf. für die Kilowattstunde zu erhöhen. Die neue Preise sollen am 1. August nach Einholung der Zustimmung des Bürgerausschusses in Kraft treten. — Die Landespoststelle hat infolge der Preissteigerung der Kohlen, des Anstiegs und der Steigerung der Schiffsfrachten, Schlepppreise usw. den Großhandelspreis für Aufbereitungsrohstoffe um 75 Pf. für Brechholz um 60 Pf. für Städtholz um 50 Pf., für alle Sorten Nadelholz um 40 Pf. und für rheinische Braunkohlenbriketts um 40 Pf. für den Zentner erhöht. Mit Zustimmung der Landespoststelle wurde nach einem Beschlusse des Stadtrats für drei Leinwand ein Aufschlag von 40 Pf. auf sämtliche Preise gewährt. — Für die Einrichtung der in Ausführung begriffenen Kantine in zwei Mannschaftsgebäuden der Grenadierskaserne wurden dem Stadtrat nachträglich 158 200 Mk. aus dem Fonds für Wohnungsreform bewilligt. — Dem gesamten städtischen Personal wird wie im Vorjahre auf Ansuchen ein Fortschub in Höhe eines Monatsgehaltes zur Anschaffung von Winterdecken bewilligt. — Nach kurzem, schweren Leiden starb gestern der Direktor der städtischen Fabrik- und Gewerksverwaltung, Robert Krebs, im Alter von 64 Jahren. In Krebs hat die Stadtgemeinde einen ihrer pflichttreuesten Beamten verloren.

rr. Mannheim, 12. Juli.

In einer gestern abend abgehaltenen Versammlung sämtlicher badischer Ausbillausgestellten, Vertrauensleute und Arbeiterausschüsse der Stadtgemeinde wurde zu dem Stadtratsbeschlusse Stellung genommen, nach dem die Besüge der Ausbillausgestellten gemeinsam mit denen der städtischen Beamten und Lehrer neu geregelt werden sollen. Der Vorsitzende der Vereinigung aller Angestelltenausschüsse stellte fest, daß die Verhandlungen mit der Stadt schon vor einiger Zeit gecheitert wären, wenn die Tarifkommission der Angestellten nicht in ihren Forderungen um 10 Prozent heruntergegangen wäre. Der erste Vorsitzende der neuen Gesamtereignisse aller Arbeiter- und Angestelltenausschüsse der städtischen Betriebe betonte, daß die gesamte Arbeiterschaft sich mit den Angestelltenstellen solidarisch erkläre. In der einstimmig angenommenen Resolution wird darauf hingewiesen, daß die Angestelltenstellen den neuen Tarif bereits am 12. Juni der Stadt vorgelegt hätten. Seien bis längstens kommenden Dienstag, 12. Uhr, die Forderungen nicht restlos genehmigt, so würden die Angestelltenstellen in Gemeinschaft mit den Arbeitern sämtlicher städtischen Betriebe sich genugsam sehen, die Arbeit niederzulegen.

f. Mosbach, 12. Juli.

Nach viertägliger Streik wurde der Verkehr auf der Bahn Mosbach-Mudau wieder aufgenommen, nachdem die Kor-

turen des Personals nach Verhandlungen mit dem Zentralverband der Eisenbahner- und Straßenbahner erfüllt worden waren.

H. Baden-Baden, 12. Juli. Unter dem Vorsitz von Oberbürgermeister Pfeiffer fand abends eine Sitzung des Stadtratsordnungs-Kollegiums statt. Den Hauptpunkt der Beratung bildete der Antrag des Stadtrats auf nachträgliche Erhöhung der Umlage, so daß für 1919 ebenfalls vom Steuern- und Betriebsvermögen 40 Pf. vom Kapitalvermögen 2 1/2 Pf. für 100 Mk. Steuernwert und von den Einkommensteuern 12 1/2 % erhoben werden, während die Umlage im Vorjahre nur 32 Pf. betrug. Die Debatte war lebhaft, aber bei den Rednern aller Parteien war die Ansicht vorherrschend, daß man ohne eine derartige Erhöhung eben nicht auskomme. Schließlich wurde der Antrag des Stadtrats einstimmig angenommen. Weiter standen auf der Tagesordnung verschiedene andere Vorlagen, so u. a. solche wegen Erhöhung der Gas-, Wasser- und Strompreise und der Fahrpreise der Straßenbahn und der Erhebung eines Gemeindezuschlags zur Zuwachssteuer. Sämtliche Anträge fanden die Zustimmung des Kollegiums.

Singen-Postenw. 12. Juli. Bei einem Schmuggelversuch ist der Postinspektor Julius Holz von Mälzingen erschossen worden.

Aus dem Stadtkreise.

Die Seimkehr der Kreisangehörigen. Wie anderenorts werden auch hier Vorbereitungen für den Empfang und die Verpflegung der heimkehrenden Kreisangehörigen getroffen. Zu diesem Zweck ist unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters ein Ausschuss für Kreisangehörigen-Seimkehr gebildet worden. Der Ausschuss will sich vor allem ein Bild über die Zahl, Art und voranschreitende Unterfunktion der Karlsruher Gefangenen machen und analog die für die Aufnahme und Verpflegung dieser Gefangenen erlassen, nach der Kreisangehörigen bei den Kreisangehörigen und Gemeindefunktionären der Vororte an die Angehörigen der Kreisangehörigen ausgeben werden. Durch vorläufige Ausfüllung dieser Voten wird der Ausschuss in seiner Tätigkeit außerordentlich unterstützt.

Auf der südlichen Straßenseite wurden im Monat Mai im ganzen 4 210 000 (Mai 1918: 3 185 603, 1917: 3 158 435, 1914: 1 989 040, 1913: 1 458 109) Personen befördert, wofür 527 601 M. (Mai 1918: 405 068 M., 1917: 259 854 M., 1914: 175 495 M., 1913: 127 886 M.) eingenommen wurden. Abgefahren wurden 555 760 (Mai 1918: 521 951, 1917: 571 804, 1914: 528 128, 1913: 322 042) Baugenössen. Auf je 100 Baugenössen kommen somit 719 beförderte Personen (Mai 1918: 610, 1917: 553, 1914: 377, 1913: 453) und 90 M. Einnahmen (Mai 1918: 78 M., 1917: 45 M., 1914: 33 M., 1913: 40 M.). Auf der Karlsruher Lokalbahn wurden im Monat Mai 310 005 (Mai 1918: 247 437, 1917: 228 359) Personen befördert. Eingenommen wurden 58 627 M. (Mai 1918: 46 801 M., 1917: 32 193 M.).

Reinigte Berufstätige für Frauen und Mädchen. Während die Räume der Arbeitsvermittlung des Stadtkreisamtes seit der Einführung der durchgehenden Arbeitszeit von 7-8 Uhr dem Publikum geöffnet sind, finden die Sprechstunden der Vereinigten Berufsberatungsstelle für Frauen und Mädchen nach wie vor Dienstag und Freitag nachmittags von 3-5 Uhr, statt im Stadtkreisamt, Börsenstr. 100, 3. St. Zimmer 15. Es empfiehlt sich deshalb für die nächsten zur Entlassung kommenden Schülerinnen, die sich noch Bedingungen, Anschlüssen und Ausbildungsmöglichkeiten der weiblichen Berufe erkundigen wollen, noch in diesem Monat an den genannten Tagen das Arbeitsamt zu besuchen. Im August bleibt diese Stelle geschlossen.

Gefangenschaft G. Gutmann. Auf den heute, 14. Juli, abends 8 Uhr in der „Eintracht“ stattfindenden Gefangenenabend sei hiermit nochmals hingewiesen. Die Veranstaltung hat Kapellmeister Heinz Berthold übernommen. Karten bei Herrn Ritterstraße, bei Fritz Müller, Kaiserstraße, Ecke Waldstraße, und an der Abendkasse.

Stadtsbuch-Ausgabe.

Todesfall. 11. Juli: Elisabeth Klein, Köchin ledig, alt 57 Jahre.

Verdingungsgeld und Frauenhaus erwachsener, Verstorbenen.

Sonntag, 13. Juli: 1/2 12 Uhr: Friedrich Klein, Schneider, Schillerstraße 90; 2 Uhr: Lorenz Köhn, Schreiner, Gerwigstraße 2; 3/8 Uhr: Margareta Böhm, Konfektionsführer-Witwe, Ludwig-Wilhelmstraße 11.

Die Wohnungsbeschäftigungen der Volkswehr.

Man teilt uns mit: Wie bereits bekannt wurde, hat die Volkswehr, ohne vom Stadtrat oder Wohnungsausschuss ermächtigt oder gar beauftragt zu sein, in der Stadt Wohnungsbeschäftigungen vorgenommen, um von sich aus festzustellen, ob leerstehende Wohnungen vorhanden sind oder teilweise durch Abgabe von Räumen von größeren bestehenden Wohnungen der Wohnungsnötiger ersetzt werden kann. So wohlmeinend dies an sich gedacht sein möchte, so gibt dieses eigenmächtige, der gesetzlichen Grundlage entbehrende Vorgehen der Volkswehr doch zu ganz erheblichen Bedenken Anlaß; jenseits haben die Beschäftigungen der Volkswehr eine große Unruhe in der Bevölkerung erzeugt.

Bei den Erhebungen fehlten die Volkswehrleute, wie aus den überaus zahlreichen, beim Wohnungsausschuss einlaufenden Beschwerden zu entnehmen ist, zum Teil recht oberflächlich vorgegangen zu sein; in der Regel ließen sie es bei der Feststellung der Zahl der Hausangehörigen und der Zimmerzahl bewenden und machten hiernach ihre Notizen über die Verfügbarkeit von Räumen, ohne auf die Verhältnisse des Einzelgeschehens einzugehen. Dieses Vorgehen gibt selbstverständlich ein ganz falsches Bild über die tatsächlichen Verhältnisse und die von der Volkswehr in der Presse veröffentlichten Zahlen über den Erfolg der Wohnungsbeschäftigungen durch die Volkswehr entsprechen bei weitem nicht der Wirklichkeit. Die Folge war, daß bei den Wohnungsuchenden die irrtümliche Meinung erweckt wurde, als sei eine große Zahl von Wohnungen verfügbar, und ihr Unwille ist dann um so größer, wenn sie sich in ihren Wohnungen gefühlt haben. Dieser erklärliche Unwille richtet sich aber naturgemäß nicht gegen die Volkswehr als der Urheberin der Entlassungen, sondern gegen das Wohnungsausschuss, das sich leider nicht in der Lage sieht, den ständig wachsenden Anforderungen der Wohnungsuchenden entsprechen zu können.

In der Tat wird das Material der Volkswehr — dessen Ueberweisung an das Wohnungsausschuss anlässlich der jüngst gepflogenen Verhandlungen mit dem Kommandanten der Volkswehr von diesem ausgesetzt wurde, aber bis heute noch aussteht — einer genaueren Nachprüfung unterzogen werden müssen. Es ist daher jetzt schon behördenmäßig an das Wohnungsausschuss zu empfehlen, die Entlassungen der von dem Stadtrat ernannten Wohnungskommissionen, die binnen kurzem mit ihren Nachprüfungen beginnen, werden den Wohnungsinhabern, soweit sie sich nicht schon anlässlich der Beschäftigungen ereignet, schriftlich ange stellt werden. Ueberhaupt werden alle Entsch-

lungen und Anordnungen des Wohnungsausschusses den Beteiligten schriftlich überzandt. Ansonstige Einmündungen insbesondere werden vom Wohnungsausschuss nach schriftlicher Aufforderung an den Wohnungsinhaber, mit einem jeweils bezeichneten Mieter einen Mietvertrag abzuschließen, in die Wege geleitet. Dies bedarf besonderer Vorbereitung, um den in der Bevölkerung bestehenden Mißverständnissen zu begegnen.

Mit dem Kommandanten der Volkswehr ist hinsichtlich der weiteren Erhebungen und Beschäftigungen in den Häusern vereinbart worden, daß zwei namentlich bezeichnete und mit einem Ausweis des Bürgermeistersamt zugewiesen werden, um die vom Wohnungsausschuss anzuordnenden Feststellungen an Ort und Stelle zu machen. Zur diese beiden bestimmten Volkswehrleute und die bislang schon beim Wohnungsausschuss beauftragten Wohnungskontrolleure, die ebenfalls mit einem Ausweis versehen sind, sind berechtigt, die Wohnungen zu betreten. Den Wohnungsinhabern ist daher zu empfehlen, daß sie sich vor Einlaß jedes Kontrollbeamten den Ausweis vorweisen lassen.

Letzte Nachrichten.

Eine internationale Einfuhrmesse in Frankfurt a. M.

(Eigener Drahtbericht) Frankfurt a. M., 12. Juli. Die gemeinlich von der Stadt und Handelskammer Frankfurt a. M. als Friedensdemonstration geplante internationale Einfuhrmesse kann als sicher gelten. Nachdem das Reichswirtschaftsamt für die Beteiligung seine Zustimmung gegeben hat, fand in Frankfurt a. M. eine Versammlung des Zentralverbandes Frankfurter Großhändler statt, die dem Pläne ebenfalls zustimmte. Die Messe, die am Anbahnung internationaler Handelsbeziehungen dienen soll, wird Anfangs Oktober in der Festhalle abgehalten werden. Die Schweiz hat ihre Beteiligung ausgesetzt; mit anderen neutralen Staaten sind Verhandlungen im Gange.

Frankfurt a. M., 12. Juli.

Die von zuständigen Lazarettärinnen als Gesellschaft festgenommenen Offiziere der Wehrmacht, Kommandant und sein Adjutant, sind infolge eingeleiteter Maßnahmen wieder freigelassen worden. Das Vorkommnis zeigt, daß die Sicherheitszustände hier unhaltbar geworden sind.

Vollzählung. — Aufhebung der Kautionspflicht der Reichsbeamten.

Weimar, 12. Juli. (Eigener Drahtbericht). In der gestern unter dem Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Well abgehaltenen Vollzählung des Staatsauschusses wurde dem Entwurf einer Verordnung über die Vornahme einer Vollzählung und einer Verordnung über die Aufhebung der Kautionspflicht der Reichsbeamten zugestimmt.

Die Forderungen der Berliner Bankbeamten.

Berlin, 12. Juli. Laut Mitteilung des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankbeamten ist der Tarifschiedspruch in den Betrieben abgelehnt und die Forderung einer Entschädigungssumme von 1500 Mk. für die Zeit vom 1. April bis 1. Oktober für die Verhätoren um 1000 Mk. für die Ledigen aufgestellt worden.

Ein französischer Sergeant in Berlin getötet.

(Eigener Wochenbericht.) Berlin, 12. Juli. Nachdem es bereits vor einigen Tagen hier zu einem bedauerlichen Zusammenstoß zwischen Publikum und französischem Soldaten, gekommen war, hat sich in der vergangenen Nacht in der Friedrichstraße wieder ein ähnlicher Vorfall abgespielt, der einer ernstlichen Folgen nach sich ziehen dürfte. Nach einem aus noch unauferklärter Ursache entstandenen Wortwechsel wurde der Sergeant Mannheim von 32 französischen Dragonerregiment durch einen Unbekannten erstochen. Die Kriminalpolizei hat umgehend weitläufige Untersuchungen angestellt, auf die Ermittlung des Täters ist eine Belohnung von 10 000 Mk. ausgesetzt worden.

Berlin, 12. Juli.

Ich erlaube mir, daß Mannheim mit einem Kameraden in der Friedrichstraße spazieren ging und dort mit deutschen Soldaten in Streit geriet. Bei der sich entwickelnden Rauferei wurde Mannheim von einem deutschen Soldaten an Hals gepackt und sein Begleiter durch einen Faustschlag ins Auge verletzt. Beide flüchteten um. Mannheim hatte bereits sein Hotel erreicht, als er nach Anzeige des Führers von einem Insizisten einen Messerstich in den Rücken erhielt. Mehrere Polizeiwachmeister, die die Menge zurückhalten gesucht hatten, brachten den Schwerverletzten zur Klinik in der Siegelstraße, wo er aber bald verstarb. Der Begleiter, der durch nach dem Alexanderhotel geflohen war, wurde von einer Soldatenpatrouille nach der französischen Botschaft gebracht.

Das Urteil im Prozeß Mühlmann.

München, 12. Juli. Das Urteil im Hochverratsprozeß gegen Mühlmann, Dr. Wabler und Genossen, der die ganze Woche das Landgericht in der Au beschäftigt hat, ist heute mittag nach halb 2 Uhr verkündet worden. Von den Hauptangeklagten erhielt Erich Mühlmann 15 Jahre Festung, während der Rechtsanwält Dr. Wabler, der einstige Wohnungsminister des Ministeriums Hoffmann, bei dem das Gericht wegen seines wiederholten Gesinnungswechsels entsprechend dem Antrag des Staatsanwaltes die Gefängnisstrafe eines politischen Verurteilten amann, zu 8 Jahren Buchtaus verurteilt wurde. Die Angeklagten Soldmann, Kambhinder und Baisan wurden freigesprochen, die drei übrigen Angeklagten, darunter der einstige Vorsitzende des Soldatenrates Müller, den öffentlichen Gerichten überlassen.

Nach der Urteilsverkündung erhob sich Wabler in höchster Erregung und rief in den Saal: Das ist ein moralischer Justizmord. Trotz der Mahnung des Vorsitzenden, er werde ihn abführen lassen, wiederholte er seine Worte. Doch begnügte sich der Vorsitzende in gedehnter Würdigung der Situation, die Sitzung rasch zu schließen.

Die Streiklage im Rbnitzer Bezirk.

(Eigener Drahtbericht) Rattowitz, 12. Juli. (Wolff). Die Streiklage des Staatskommissariats Jarebich. Die Streiklage im Rbnitzer Verwaltungsbezirk hat sich heute etwas verbessert. Auf der Charlottengraben arbeitete ein Schicht, die beiden anderen Schichten freitren, beide zu je 50 %. Ferner freitren noch die Gruben Anna, Emma, Römer, Wäcker, Donnermarkt, Westböhmischer Bergbau.

Sabal-Kopfwäsche-Pulver. Überall erhältlich.

MÖBEL

M. Tannenbaum

13 Adlerstraße 13

Telephon 2721

Telephon 2721

Kompl. Wohnungs-Einrichtungen Einzel-Möbel

Mäßige Preise

Freie Lieferung

Chaiselongues, Diwans, Roßhaar- u. Kapok-Matratzen.

Eigene Polsterwerkstätte

Kostenlose Aufbewahrung

Besichtigung ohne Kaufzwang

Langjährige Garantie.

Vermählte.
Gustav Kullrich
Lina Lotte Kullrich
geb. Burger.
Karlsruhe, 12. Juli 1919.

Anna Hofmann
Hermann Gauweiler
Verlobte.
Hochzeiten Juli 1919.

Elisabeth!
Statt Karten.
Die Geburt eines Töchterchens
zeigen hoch erfreut an
Apotheker Löwenstein
und Frau.
Karlsruhe, 11. Juli 1919.
Hirschapotheke.

**STAHLWARENHAUS
ERNST KRATZ**
KAISERSTR. 169-170 (ECKE WALDSTR.)
empfehlen
Bestecke, Rasiermesser, Rasierapparate,
Sohoras, Taschenmesser etc.

Nach längerer Tätigkeit an den Kliniken
in Düsseldorf, Darmstadt und der Uni-
versitätsklinik zu Frankfurt a. M. habe
ich mich hier als
prakt. Zahnärztin, für Mundheilkunde
niedergelassen.
Spezialärztin
Hanna Schiff, prakt. Zahnärztin
Ettlingerstraße 15, Telefon 991.
Sprechstunden: 9-12 und 3-6 Uhr.

Aderverkalkung, Schwindelanfälle,
Herzkrankungen, Angst- und Schlafstörungen.
Verlangen Sie kostenfrei ausführliche Broschüre.
Dr. Gebhard & Co., Berlin W35, Potsdamer Str. 104a

Walther Hermsdorf
American-Dentist
staatl. in Illinois dipl. für Zahnheilkunde.
Karlsruhe — Fernspr. 2476
Kriegs- und Karlsruher-Ecke (Karlsruh)
Sprechstunde: 8-12, 2-6 Uhr

Spezialitäten:
Regulierungen schieferstehender und
Bleichungen verfärbter Zähne.
Goldkronen und Brückenarbeiten

Meine Praxis befindet sich seit
1. Juli
Durlach, Hauptstraße 4
(gegenüber dem Wasserwerk).
A. Ball, Dentist.

J. Sitzlers
Möbelspedition und Lagerraum
befindet sich
Augartenstr. 58, Karlsruhe
Telephon 1356
und empfiehlt sich gleichzeitig für Umzüge
in Stadt und Land.

Dampfwaschanstalt Wendt, Ruppurr
Telephon 2809
nimmt Stärk-, Haushalt- und Industriewäsche an.
Lieferzeit 8-10 Tage.

Neu errichtete Annahmestelle: **Werderplatz 35.**
Weitere Annahmestellen: **Yorkstraße 17 und Bruchsal.**

Kleider-Reparatur-Anstalt
„Blitz“ Telefon Nr. 2590
Inh. L. Gramlich
Reparieren, Waschen, Aendern, Aufbügeln und
Reinigen sämtlicher Herren- u. Damengarderobe.
Umarbeiten v. Uniformen in Zivilkleidungsstücke.

Im Br. **Karlsruhe**
von Freiburg nach
bietet sich dieser Tage

Transport - Gelegenheit

auf Lastkraftwagen mit Anhängern bei Ladefähigkeit bis
zu insgesamt 6 Tonnen. Sofortige Anfragen sind zu
richten an **Blümelster, Karlsruhe, Gerwigstraße 23 IV.**

Möbel

Schlafzimmer | in
Wohnzimmer | eichen
Herrenzimmer | nußbaum
mahagoni
in großer Auswahl.

Küchen

echt pitchpine, lackiert u. gestrichen.

Möbelhaus
Maier Weinheimer
Kronenstr. 32 Karlsruhe Kronenstr. 32.
Gekaufte Möbel werden kostenlos aufbewahrt.

Geigers
Schwarzer Tee
ist wie der chinesische Tee durch Rollen aus
frischen Himbeerbättern hergestellt. Der-
selbe erträgt deshalb keinen Vergleich mit
minderwertigen billigen Erzeugnissen. Ein
Versuch überzeugt. Verkaufsstell. weist nach:
Generalvertreter **K. F. Vetter**, Marienstr. 51.

Keine Wanze mehr für M. 2.
— nur mit Kammerjäger Berg's Noodal I u. II zu erzielen.
Jetzt beste Zeit zur Brutvernichtung.
Erfolg verbürgt. Kinderleicht anzuwenden. Ges. gesch.
Viele Dankschr. Doppelpack. Mk. 2.—. Ausreichend für
1-3 Zimmer und Betten.
Verkauf: **Falckas-Drogerie, Karlsruhe 74.**
Drogerie Rud. W. Lang, Kaiserstraße 24.
Bei Eins. v. M. 2.40, oder Postcheckkonto Berlin 31286,
portofreie Zus. nach auswärts durch Herrn A. Grosse,
Berlin, Königgrätzer Str. 40.

Übernahme häuslicher Reparaturen
von
Smith Premier-Schreibmaschinen u. alle
andern Systemen, Nähmaschinen, Sprech-
maschinen, Zahnlehn. Apparaten usw.
S. Adler, Mechaniker,
Kapellenstraße 70.

Wegen vorgerück. Saison
gebe auf sämtliche
Restbestände
in
Sommerpferdedecken
5% Rabatt.
Arthur Baer
Karlsruhe
Kaiserstraße 133, 1 Tr.,
Eingang Kreuzstraße.

Hilfzuhause
Hilfzuhause
Radioaktive
Jod-Lithiumquelle
Aerzl. empfohlen b. Arterien-
verkalkung, Schlaganfällen,
Nervenleiden, Hautkrankheit,
Kropf-, Hals- und Bauch-
drüsenleiden, Leber-, Nieren-,
Gallenstein- u. Blasenleiden,
sowie Frauenkatarrhen. Man
bedenke den Arzt.
Erhältlich in der Haupt-
niederlage **Bahn &
Baier**, Zirkel 30, Tele-
phon 255, A. Volz, Karlsru-
he, Angerstraße 89, Tele-
phon 3277, sowie in den
Apotheken und Drogerien.
Prospekt durch die
Brunnenverwaltung
Hilfzuhause Württ.
O.A. Herrenberg.

Neu erschienen
ist die im Auftrag der städtischen Archiv-
kommission bearbeitete

Chronik der Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe

für das Jahr 1917 XXXIII. Jahrgang.

Verzeichnis der Abbildungen:
Titelbild: Hermine Villingen.
Dr. ing. und med. Reinhard Baumeister,
Gen. Rat und Professor.
Hofrat Gustav Specht, Stadtschulrat.
Dr. Gustav Schönleber, Kunstmaler und
Professor.
Exzellenz Freiherr Leopold von Freystedt,
Oberhofmarschall.
Professor Wilhelm Trübner, Kunstmaler.

Zum Preis von Mk. 10.—, broschiert,
gebunden Mk. 12.— zu beziehen durch
jede Buchhandlung und den
Verlag der Mackloischen Buchhandlung
und Buchdruckerei
Waldstraße 10/12.
Auch frühere Jahrgänge der Chronik werden
zum Nachbezug bestens empfohlen.

Gasperre.

Sie sind in der Lage, elektrische Stromanlagen
sowie bei billiger Berechnung und sorgfältiger Aus-
führung zu erstellen.

**Süddeutsche Elektrizitäts-Gesellschaft
Karlsruhe.**
Karlstraße 28. — Telefon 4166.
Jugenteurberatung und Beratungen kostenlos.

GLOOR & APPEL

Telephon 4992. Kaiserstr. 172/190.
Bau von Ortsnetzen u. Hausinstalla-
tionen, Lager an sämtlichen ein-
schlägigen Installationsmaterialien,
Antriebsmotoren und Schaltapparate.

Weißmehl aus Brotmehl
erhalten Sie mit meinem Mehltrieb.
Überzeugen Sie sich sofort.
W. Länger, Waldstr. 33, Hildg.
Besteller an allen Mägen gesucht.

Die beliebtesten
Strumpf - Bänder
sind wieder eingetroffen.
Strumpfaberei **Waldhorn**
Königsplatz 21
Waldhorngebäude.

Großes Fabriklager
in **Eis-Schränken**
für Haushaltungen
u. Gastwirtschaft.

Gust. Dittmar & Co.
Karlsruh. 60. Karlsruhe Teleph. 80.

Badische Kleider-Streit
Zirkel 30. — Telefon 4120.
Reparatur-, Bügel- und Reinigungs-
Anstalt
Umändern sowie Instandsetzen von
Herren- und Damen-Garderoben.
Prompt — gut und billig.
Wolf Kmitowski.

Ideal bequem
ist
Reca-Korsett
ohne Schnürung
ohne Schließen
Einfachster, bequemster Ver-
schluß. Erzielt schmale Hüften
und normal breite Taille.
Gibt elegante Figur auch in
leichten, porösen Stoffen.
Damen-, Herren- und
Kinderwäsche preiswert.

Reformhaus
L. Neubert
Kaiserstraße 122.

Delfabrik Königsbach
täglich Verarbeitung von Reps.
Rohstoffe sind erwerbsfähig.

Friedl Jahn, geprüfte Meisterin.
Herrnstr. 60, pt.
Atelier für elegante, moderne Damenbe-
kleidung in feinsten künstl. Ausführung.

Reines Gesicht
blütenzarter Teint wird in kürzester Zeit
erreicht durch meinen allbew., über-
trocknen Krem „Pera“ Sommer-
sprossen, Miltner, Pickel, Runzeln u. Fältchen verschwinden.
Rote u. großporige Haut wird schnell beseitigt. Tube 2.00.
Doppelpack 3.50.
Drogenhaus H. Soetens, Berlin N, Schönhauser-Allee 132.

Danksagung.
Für alle Teilnahme an unserm
neuen schweren Leide sagen
wir innigen Dank.
Karlsruhe, 12. Juli 1919.
Pfarrer Hindenlang u. Frau
Elisabeth Hindenlang.

Statt Karten.
Zurückgekehrt vom Grabe unseres
lieben Sohnes und Bruders
Karl Knobloch
sagen wir allen Freunden und Be-
kannten sowie dem „Verein für Be-
wegungsspiele“ für die zahlreichen
Beweise herzlicher Teilnahme und die
zahlreichen Blumen Spenden unseren
herzlichsten Dank.
Karlsruhe, den 12. Juli 1919.
Familie Theodor Knobloch.

Danksagung.
Für die uns von allen Seiten bewiesene her-
liche Teilnahme bei dem so plötzlichen, schweren
Verluste meiner lieben guten Frau, unserer un-
vergesslichen Mutter
Anna Thomas
sowie für die reichen Blumen Spenden und die
zahlreiche Begleitung zur letzten Ruhestätte, be-
sonders aber Herrn Stadtpfarrer Weidemeier für
die tröstlichen Worte an der Bahre unserer
teuren Entschlafenen sagen wir hierdurch unseren
innigsten Dank.
Karlsruhe, 10. Juli 1919.
Im Namen der Hinterbliebenen:
Johann Thomas, Schreinerstr.

Gottesdienste 13. Juli.
Carl-Friedrich-Gedächtniskirche (Stadt, Mühl-
burg). 10. Gottesd. Stadtpfarrer Treiber. 11.
Königsplatzkirche. Stadtpfarrer Treiber. 12.
Evangel. Gemeindehaus (Weißstr. 5, Stadtteil
Mühlburg). Mittwoch, abends 8. Jugendbund
(Schneel). Treiber. Donnerstag, abds. 8. Jugend-
bund (Schneel). Ebert.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Wachstum der mit einer Gültigkeit versehenen Anteile ist nur unter Quellenangabe gestattet.

Der beginnende Wirtschaftskampf am Weltmarkt.

Der Wettbewerb zwischen Deutschland, England und Amerika, der bevor die Räder noch unterzeichnet war, bereits tückisch eingesetzt hatte, verspricht ein Kampf bis aufs Messer zu werden, wie dies aus drei verschiedenen, innerhalb eines Zeitraums von kaum acht Tagen in den englischen Blättern angeführten, Beispielen hervorgeht, über die Einzelheiten in der Öffentlichkeit gelangt sind und bei denen die Engländer in allen drei Fällen den kürzeren gezogen haben.

Die „Times“ vom 17. Juni wissen zu berichten, daß eine deutsche Firma sich auf dem Submissionswege einen großen Kontrakt für die Lieferung fertig bearbeiteter Eisenkonstruktionsmaterialien in Holland gesichert hat, und zwar zu einem Preise, der um ungefähr 20 per Tonne niedriger war als der von einem der ersten britischen Häuser offerierte Preis. Der von dem deutschen Werke für die Lieferung des fertigen Baumaterials geforderte Preis war tatsächlich niedriger als der englischen Holzwerke für Lieferung des unbearbeiteten Rohmaterials im Heimatlande notierte Preis, so daß also die Frage der Transport- und Frachtkosten für den enormen Preisunterschied nicht verantwortlich gemacht werden kann.

In einem besonderen Aufsatze über den „Englisch-amerikanischen Wettbewerb in der Eisen- und Stahlindustrie“ in Nr. 34, Seite 273/4, wurde bereits darauf hingewiesen, daß ein Birminghamer Geschäftsmann im Times Trade Supplement vom 7. Juni 1919 behauptet, daß einige im Ausland mit englischem Kapital finanzierte Firmen Bestellungen im Werte von 20 Mill. in Amerika untergebracht haben, weil die englischen Holzwerke überhaupt mit ihren Preisen nicht mehr konkurrieren können. Diese Behauptung wird weiter bekräftigt durch eine in den „Times“ vom 26. Juni 1919 erschienene Meldung, der zufolge die Straßenbahngesellschaft der Stadt Glasgow einen Kontrakt für die Lieferung von 5000 Tonnen Straßenbahnmaterialien bei der United States Steel Products Company plaziert hat, die nicht nur eine viel kürzere Lieferfrist als die schottischen und englischen Werke beanspruchte, sondern deren Submissionspreis die britischen Offerten mit weitestgehender Sicherheit auf nur £ 17,9 per Tonne stellte gegenüber der niedrigsten englischen Forderung von £ 19,18 s. per Tonne.

Auf einem großen Linnwege werden jetzt Einzelheiten über eine ähnliche Transaktion bekannt, die die Kunde um den halben Erdkreis machen mußten, bevor sie in britischen Handelskreisen durchdrangen. Der Baltimore-Korrespondent der „Morning Post“ sendet seinem Blatt unter dem 26. Juni 1919 eine Nachricht ein, die zuerst im April d. J. im „Christian Science Monitor“ in Boston, der „Staatszeitung“ in New York, in der „New York Times“ und schließlich in der „New York Herald Tribune“ erschienen ist. In seiner Ausgabe vom 2. Mai nachdrucken für wichtig genug hielt. Dessen Bericht zufolge soll die Straßenbahngesellschaft der Stadt Birmingham zum Preise von 85 s. per Tonne bei der Carnegie Company in Cleveland im Staate Ohio einen Kontrakt auf 1000 Tonnen Stahlmaterialien untergebracht haben. Auf ihre Submissionsanforderung hin erhielt die Straßenbahngesellschaft zwei Angebote, eines von britischen Holzwerken und eines von der erwähnten amerikanischen Gesellschaft; der von letzterer verlangte Preis war der billigste und die beanspruchte Lieferfrist die kürzeste; doch damit nicht genug, erklärte der Direktor der fraglichen Bahngesellschaft noch obenbin, daß die Schienen englischer Herkunft sich im Betrieb im allgemeinen als wenig brauchbar erwiesen.

Berliner Börsenschan.

13. Juli.

Wenn die Börse in früheren Jahren das Bild einer Rentenkauffe bot, so ist der Markt der Anleihekauffe heute als Beweis dafür, daß der Anleihebedarf sich einseitig den festverzinslichen Renten amant, weil eine Proliferation an Anleiheemissionen aus irgend einem Grunde für gefährlich erachtet wurde. Jetzt aber erleben wir als erstes eine Rentenkauffe und eine starke Aufwärtsbewegung am Markt der Anleihekauffe. Der Grund für diese höchst feltene Erscheinung ist es mehrere. Zunächst ist die Rentenüberfälligkeit in den letzten Monaten weiter angewachsen, das Anleihebedürfnis ist daher so groß geworden, daß sich der Rentenmarkt, der zudem noch durch die Aufzinsung der meisten Anleiheemissionen für die Beschlüßnahme der Lebensmittelinfuhr eine einseitige Nachfrage nach Anleiheemissionen veranlaßt wurde, nicht genügt. Auch das ausländische Kapital nahm unter Ausnutzung der hohen Valutakurse in deutschen Staatsanleihen und ausländischen Anleiheemissionen vor. Die Tatsache des Aufstrebens eines der gesamten deutschen Volkswirtschaft umfassen den Staatsschatz für die Anleiheemissionen wurde als Beweis dafür angesehen, daß die Sanierung der deutschen Finanzen ernstlich in Angriff genommen wird.

Man schließt aus manchen Anzeichen, daß die Amerikaner sich bemühen für die Wiederherstellung der Produktionsfähigkeit der ihnen ehemals bekannten deutschen Anleiheemissionen einzusetzen, während England offensichtlich Deutschland gern nur als Anleiheemissionen für seine Waren benutzen möchte. Deshalb focht man jetzt auch die Anleiheemissionen amerikanischer Fabrikanlagen an den deutschen Grenzen nicht mehr so trübselig an. Nach derselben Richtung hin wirken auf Börse und Industrie die Verhandlungen über ein neues schiedsdeutsch-deutsches Handelsabkommen. Alle diese Momente bestärken, daß diese Preise trotz der trotzlichen innerpolitischen Lage die Hoffnung auf baldige Wiederaufnahme rationaler Arbeit nicht aufgeben. Von der Proliferation der Dividendenerträge erhofft man eine Belebung des freien Handels und eine allmähliche Wiederherstellung des Außenhandels, wenn auch auf beiderseitiger Basis.

Berlin, 12. Juli. Nachdem die Aufhebung der Blockade Katastrophe geworden ist und die Wendung des Berliner Verkehrsfreieitens aufeinanderwärtig bevorsteht, entfällt für die Börse die Voraussetzung für die Aufzinsung in den letzten Tagen, so daß bei der zwar festen Grundtendenz Realisationsneigungen in den in der letzten Zeit bevorzugten Werten überwiegen. Dies gilt besonders für Schiffbau- und Montanwerte, wo die Kurse müde unter den seitigen Schluß nicht aufrecht erhalten. Meist sehr lagen aber Dampfer, Bismarckwerke, und andere oberhalb der Werte. Die Aufwärtsbewegung legten Dampfer unter Führung von Elberfeld-Werke bei einer Aufzinsung von 7% für letztere fort. Ausländische Werten, besonders Schantung, fest, wogegen Orientbahn und Canada Pacific abwärts sind. Von Spezialwerten hielten Rhein, Weidach und Daimler einen kleinen Teil ihrer letzten Kursbeurteilung ein. Das Geschäft war allenthalben ziemlich still.

Kriegsanleihe notierten 80 bis 70%. Alle heimische Anleihen fest. Petroleumwerte und Canada Pacific später mäßig abgenommen. Der Staatskurs für Industrieerwerbe war still.

Berliner Kursnotierungen.

Table with columns for date (11. Juli 1919, 12. Juli 1919) and various stock prices (e.g., Schantung, Ost-Pr., Südd. Pf., etc.).

Devisenmarkt. Telegraphische Auszahlungen für:

Table with columns for date (11. Juli 1919, 12. Juli 1919) and exchange rates for various locations (e.g., Holland, Dänemark, Schweden, etc.).

Frankfurter Börse.

Frankfurt a. M., 12. Juli. Nach der lebhaftesten Geschäftstätigkeit, die in den letzten Tagen an der Börse hervorgetreten war, machte sich am Wochenabschluss ein Nachlassen des Verkehrs auf den meisten Marktgebieten geltend. Einen Rückschlag erhielt die Tendenz allerdings durch die nunmehr erfolgte Aufhebung der Blockade, was man als förderliches Moment zur Senkung der Lebensmittelpreise im Inlande betrachtete und von dem man eine Verjüngung der Arbeiterwelt erhoffte. Auf dem Gebiete der Auslandsaktien waren Petroleum- und Kolonialwerte wesentlich stiller, da mit Rücksicht auf den Wochenabschluß die Spekulation mehr Zurückhaltung an den Tag legte. Verschiedentlich erfolgte auch nach dem ersten Ausgange der letzten Lage Gewinnrückstellungen durch Verkäufe, die eine nicht einheitliche Tendenzentwicklung zur Folge hatten. Auf dem Montanmarkt war die Tendenz beschränkt, nur einzelne führende Werte ermittelten den Rückgang. Schiffahrtswerte unterlagen Schwankungen. Schantungbahn fest. Chemische Werte wiesen bei ruhigem Geschäft unveränderte Kurse auf. Auf dem Devisenmarkt blieb die Tendenz uneinheitlich. Im Angebot fanden Metall-, Dampfer-, Holzwerkstoff- und Gebr. Jungbunns. Höher gingen Chem. Albert, gegen die letzte Notiz 2% höher. Am Rentenmarkt hielten sich Kriegsanleihen unverändert auf 80,10. Ältere Anleihen waren unbedeutend verändert. Die Börse schloß still, Privatdiskont 3 1/2%.

Frankfurter Kursnotierungen.

Table with columns for date (11. Juli 1919, 12. Juli 1919) and various stock prices (e.g., Badische Anl., Darmst. Anl., etc.).

Süddeutsche Waren- und Produktennmärkte. (Eigener Wochenbericht.)

Getreide. Auch in den letzten 8 Tagen hatten wir vorwiegend regnerisches und kühles Wetter und aus einigen Gegenden Süddeutschlands, hauptsächlich aus Oden und Neckar, wurden in letzter Zeit Gerichte gemeldet, die zum Teil ganz erhebliche Schäden auf den Feldern und Gärten angerichtet haben. Für die Salzwasser- und Salzwerke waren Niederlagen noch willkommen, doch wäre jetzt warmes und trockenes Wetter für die Weiterentwicklung aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse unbedingt erforderlich; damit die bereits jetzt höhere Verädgerung der Ernte nicht allzu groß wird. Ueber die Beschaffenheit des Weizens hört man vielfach Klagen, und es dürfte teilweise die Erzeuger schwer fallen, ihre laufenden Verpflichtungen zu erfüllen. Ueber den Stand des Weizens und Roggens hört man nur Gutes, die Roggenähren sind voll und benötigen zum Ausreifen warmes Wetter. Ueber den Stand des Safrans und der Gerste lauten die Berichte nicht einheitlich, doch lautet die Beurteilung über die ipat geernteten Safrfelder wesentlich günstiger als bisher. Die Freigabe einer ganzen Anzahl von Hilfsfuttermitteln blieb bis jetzt auf die allgemeine Marktlage ohne wesentlichen Einfluß. Im Handel ist man, nach wie vor, zurückhaltend. Die Käufer sind sehr vorsichtig, und durchweg wird mehr Ware angeboten. Dies gilt hauptsächlich von Stroh, Lupinen und Gerstella. Für erziehen Artikel ist die Stimmung recht schwach und nur vereinzelt kommt es zu Umkäufen in einzelnen Erzeugnissen. Für Weizen war die Tendenz, bei reichlicherem Angebot, ruhiger, insbesondere war Weizen härter angeboten, während für Kleben etwas bessere Nachfrage bestand. In Sämereien blieb das Geschäft ruhig.

Von den überseeischen Märkten laufen immer nur spärliche Nachrichten ein. Von der Firma Clement, Curtis & Co in New York liegt eine Schätzung über den Stand des Frühjahrsweizens vor, wonach das Ergebnis auf 337 Millionen Dufels und für Winterweizen auf 880 Millionen Dufels geschätzt wird. Die Firma schätzt den Ertrag von Weizen auf 2688 Millionen Dufels. Nach dieser Schätzung würde die Ernte kleiner ausfallen, als man nach dem Anfang des Monats Juni von der amtlichen Stelle angegebenen Siffern erwartet hatte. Man wird daher mit Spannung den in den nächsten Tagen fälligen amtlichen Bericht der landwirtschaftlichen Abteilung in Washington erwarten. Es kann aber heute schon gesagt werden, daß die Ernte bedeutend größer ausfallen wird als in früheren Jahren und man darf in den Vereinigten Staaten mit einer vollkommenen Befriedigung rechnen. In Argentinien ist man mit der Maisernte fertig, und nach den vorliegenden Berichten scheint die Beschaffenheit der diesjährigen Ware zu wünschen übrig zu lassen, zumal etwa 80% der Ernte unverschädigt sein soll. Die Feldarbeiten für die nächsten Ernten von Weizen, Safer und Reislaot machen gute Fortschritte. Von Indien liegen recht ungünstige Nachrichten vor, wird doch das Ergebnis der diesjährigen Weizenerte bei einer Anbaufläche von 235 Millionen Acres auf nur 7,4 Millionen Tonnen geschätzt, während sogar der Ertrag des Sumpferntjahres 1908/09 7,6 Millionen Tonnen betragen hatte. Der Durchschnittsertrag für die letzten 5 Vorjahre betrug 9,6 Millionen Tonnen.

Obst. In der Pfalz sind nach einer Bekanntmachung der Kreisstelle für Gemüse und Obst Höchstpreise für Frühobst festgelegt; danach stellt sich der Preis für Äpfel in allen Arten auf 70 Pf. für die Kleinabgabepreise auf höchstens 85 Pf. für Johannisbeeren auf 50 bzw. höchstens 70 Pf. für Stachelbeeren auf 50 bzw. 70 Pf. per Korb. Die Preise gelten für gesunde, marktfähige, pflichtig behandelte Ware. Man glaubt aber, daß auch in der Pfalz das Frühobst für den Handel völlig freigegeben werden wird. Die Nachfrage nach allen Obstsorten war recht reg und fortgesetzt wurden bedeutende Mengen umgesetzt.

Wein. Infolge der unangenehmen regnerischen Witterung mehrten sich Krankheiten, insbesondere tritt der Sauremurm stärker auf, aber auch zahlreiche Anzeichen der Peronospora sind in einigen Gegenden vorgefunden worden. Die Aussichten für den kommenden Herbst können indes, vorausgesetzt, daß jetzt endlich wieder warmes Wetter eintritt, als recht günstig bezeichnet werden; denn die Trauben sind recht gut entwickelt und man trifft häufig solche von Erbsengröße an. Im Weinhandel blieb es weiter lebhaft, obgleich die Preise für Vorkaufslieferer Notweine in der Pfalz, infolge härteren Angebots in ausländischen Notweinen, etwas nachgebiger waren. Für Weisweine konnten sich die Preise aber kaum behaupten.

Kopfen. Im Kopfenhandel hat sich die Marktlage nicht wesentlich geändert, abgesehen in den letzten 8 Tagen eine etwas leichere Stimmung zu beobachten war. Der Stand der Kopfenpflanzen wird weiter als befriedigend bezeichnet. Dertrag blieben kleinere Partien 1918er Kopfen, für die 535-545 M bezahlt waren. Für Mittel und zierliche 1918er Kopfen bezahlt man meist 400-450 M. Auch ältere Jahrgänge begehrten nur wenig Interesse, einige Ballen 1918er wurde mit 200-250 M bewertet. Ganz alte Kopfen fanden keine Beachtung.

Tabak. Die jungen Pflanzen haben sich in der letzten Zeit gut entwickelt. In der Pfalz trat der Arbeitsmangel der Pfalz, Tabakinteressen zusammen. Das Ergebnis war die Errichtung eines Verbandes Pfälzischer Tabak-Interessenten, dem die Hauptgruppen der Tabakpflanzer, Tabakergüter, Tabakfabrikanter usw. angehören sollen. Der besondere Zusammenstoß der landwirtschaftlichen Pfälzischen Tabakinteressen wurde in angedeuteter Weise und mit Rücksicht auf die in Aussicht stehende Zoll- und Steuererhebung von den Beteiligten als notwendig erachtet. Wie aus den beiliegenden Gebieten gemeldet wird, sind auf Antrag einer Kölner Rohabakhandelsgesellschaft bereits Einfuhrbewilligungen erfolgt und man erwartet auch in der nächstbestmöglichen Zeit, daß mit der Aufhebung der Blockade, Devisen für den Bezug ausländischer Tabake gegeben werden.

Im Handel ist es an demselben recht lebhaft, und es kamen in der Verkaufswelt wieder größere Partien 1918er Spinn- und Schneidewebe sowie auch Sandwässer zu den bekannten Preisen zur Abfertigung. Das Angebot in Rippen war etwas größer, die Preise sind unverändert. In den Auslandsmärkten war die Stimmung recht fest, zumal die Nachfrage für Rechnung deutscher Firmen recht bedeutend war und man mit der Aufhebung der Blockade auch auf eine regere Geschäftstätigkeit mit Deutschland rechnete.

Reis. Infolge der geringeren Getreidestoffen haben die oberdeutschen Hohlweizen die Preise für 22 Millimeter starke, gute Hohlweizen auf 7 M. und für Aufschußkörner auf 5,50 M. per Quadratzentimeter bahntreier Verhandlungen erhöht. Gleichmässige Lannen und Niddensölzer mit tüchtiger Waldante stellen sich auf 175 M. das Kubikmeter bahntreier oberdeutscher Stationen. Klobholz begegnet guter Nachfrage.

Schweinemarkt in Durlach vom 12. Juli. Befahren mit 164 Käuferweine, 263 Verkäuferweine. Verkauf wurden 100 Käuferweine, 220 Verkäuferweine. Preis der Baar Käuferweine 500 bis 550 M., der Baar Verkäuferweine 200 bis 250 M.

Zur Reichsgeldreueordnung 1919.

Die badische Regierung gibt bekannt: In der Reichsgeldreueordnung ist unter sonstigen Umständen der Verkauf von Erzeugnissen und Verbrauchern der Versuch gemacht, dem allgemeinen Verlangen nach Abbau der Inflation wirtschaftlich sowie Rechnung zu tragen, als es zurzeit möglich ist. Es herrscht in allen beteiligten Kreisen Einigkeit darüber, daß diese Möglichkeit beim Brotgetreide noch nicht gegeben ist. Die Ernährung mit Brot und den aus Getreide hergestellten Nahrungsmitteln zu versehen, die für die Allgemeinheit erforderlich sind, ist ohne Erstattung der Ernte durch die öffentliche Hand und ohne behördliche Verteilung noch nicht möglich. Die zurückgehenden Ernterückstände, der Verlust anderer Vorräte, infolge der Kriegsverhältnisse, die hohen Preise für das Getreide aus dem Auslande, die schweren Verdenen an einer freien Betätigung des Handels bedürfen die Aufhebung der Freigabe. Angesichts der Knappheit unserer Lebensmittel mußte die Ernte zur Brotreue herangezogen werden. An sich ist es eines unserer wichtigsten Futtermittel, bei deren Knappheit der Wundst auf teilweise Freigabe der Getreide, insbesondere für die Vermehrung der Schweinebestände und die Geflügelfütterung, in landwirtschaftlichen Kreisen lebhaft hervorgetreten ist. Zweifellos wäre es zur Le-

hebung des drückenden Weltmarktes erwünscht gewesen, die Getreide für die Allgemeinheit und Schweinefleisch in großem Umfange freizugeben zu können. So lange aber die Brotverlängerung nicht völlig gesichert ist, kann diesem Wunsch nicht entsprochen werden. In Betracht kommt außerdem, daß Getreide zur Herstellung von Nahrungsmitteln benötigt wird. Ein Entgegenkommen hofft die Reichsgetreidestelle der Landwirtschaft dadurch erreichen zu können, daß die den Selbstverbraucher zum Eigenverbrauch und zur Fütterung an behelfenden Mengen erhöht werden. Ob und in welchem Umfange dies möglich sein wird, läßt sich erst nach dem Ausfall der Ernte beurteilen.

Dagegen ist in der Bewirtschaftung der Süßenfrüchte, des Safrans und des Buchweizens eine erhebliche Lockerung erfolgt. Die Reichsgetreidestelle wird sich darauf beschränken, einen Teil der Süßenfrüchteernte im Wege der Landlieferungen an zu erlassen, die durch scharfe Maßnahmen (Schadensersatzleistungen und Strafen) sichergestellt werden sollen.

Das gleiche gilt für Safer und Buchweizen. Beim Safer handelt es sich ausschließlich um die Gewinnung der für die Herstellung von Nahrungsmitteln und zur Deckung des armen Seeresbedarfs nötigen Mengen. Die Getreidestelle von Saferabnehmern soll ausdehnt vermehrt werden.

Die nächsten Bestimmungen über die Inanspruchnahme der Süßenfrüchte, Safer- und Buchweizenmengen, ihre Aufzinsung und Aufzinsung werden von der Reichsgetreidestelle herausgegeben, sobald sich die Ernterückstände überblicken lassen. Von Bedeutung ist die Bestimmung des 13. Monats Verträge über die Lieferung von Safer aus der Ernte 1919 nicht vor dem 16. August abgeschlossen werden dürfen und dem am überlaufende Verträge nichtig sind.

Auf jede Art der öffentlichen Bewirtschaftung wurde bei Mais, Weizen und Rike verzichtet. Die Reichsgetreidestelle der Ernährung der Selbstverbraucher und der Fütterung des Viehs zu verwenden können ist nicht erfolgt. Sie wird durch den Reichsernährungsminister mit Zustimmung des Staatsrats und nach Anhörung des Ausschusses der Nationalversammlung vorgenommen werden, sobald die Ernterückstände der neuen Ernte vorliegen.

Da sich im übrigen die bisherigen Vorschriften der Reichsgetreideordnung bewahrt haben, sind deren anzuwendende Bestimmungen beizubehalten und Änderungen nur soweit getroffen worden, als sie sich aus der Lockerung der Anwesenheitspflicht oder nach Erfahrungen als notwendig erwiesen haben.

Am einzelnen ist von Interesse, daß die Maßnahmen im Falle dringenden Bedürfnisses nunmehr bis zur Reife von vier Monaten ausgestellt werden dürfen. Bei kleineren Haushaltungen von nicht mehr als fünf Köpfen wird ein solch dringendes Bedürfnis regelmäßig als notwendig angenommen werden können.

Neu ist in der Vollausführung des Ministeriums des Innern zur Reichsgetreideordnung, daß die Auslieferung der Mahl-, Stroht- und Gerstentarten nur durch den kommunalverwaltenden, nicht mehr durch die Vorkaufsstellen, erfolgen darf. Diese Vorschriften hat sich nach den Erfahrungen der bei zahlreichen kommunalverwaltenden vorgenommene Revisionen als dringend notwendig erwiesen. Die Vorkaufsstellen dürfen die Auslieferung der Ernterückstände nur nach vorbereiten.

Bestehen bleibt das Badenbrotverbot für die Vorkaufsstellen. Das badische Brotverbot wird neuerdings um die Aufhebung dieses Verbotes nachgeleitet. Das Ministerium hat jedoch nach eingehender Prüfung und in Übereinstimmung mit dem parlamentarischen Ernährungsbeirat das Gesetz abgelehnt. Die Lage unserer Brotgetreideversorgung gestattet in dieser Hinsicht noch keine Erleichterung der Vorschriften. Mit den Erzeugnissen der Ernte 1918 reichen wir bis Anfang August aus. Die Bedürfnisse bis zum Einbringen der neuen Ernte müssen wieder durch einen Vorkaufsstellen gedeckt werden. Bis zum nächsten Frühjahr muß noch mit großer Vorsicht und Sparsamkeit wirtschaftet werden, da uns der schlechte Stand unserer Valuta und der Mangel an Zahlungsmitteln nicht erlauben, das weitere Auslandsgetreide in einem das notwendige Maß übersteigenden Umfange einzuführen. Außerdem werden alle Mittel zu machenden Mittel in erster Linie für die Beschaffung von Rohstoffen verwendet werden müssen, um Industrie und Handel wieder in Gang zu bringen. Die Vorkaufsstellen werden deshalb die Durchführung des Badenbrotverbots streng kontrollieren.

Aus Baden und Sommerfrischen.

Tribera im Schwarzwald. Der Fremdenverkehr ist mit Wirkung vom 15. Juli ds. J. an in Tribera im Schwarzwald wieder zugelassen. Der bekannte Höhenkurort wird seine alte Anziehungskraft von neuem bewahren. Die herrliche Gebirgslandschaft mit Deutschlands größten Wäldern, die wunderbaren, weitläufigen Landschaften, die prächtigen, so föhlichen Aussichtspunkten führenden, Spatierwege, die frische Höhenluft behalten ihren ewigen Reiz. Durch Veranlassung von Konzerten, Theateraufführungen, alltägliche Wasserfallbeleuchtung ist für Zerstreuung gesorgt. Der Gewerbeverein bietet mit seiner neu-eingerichteten Ausstellung Schwarzwald-Produkte der Industrie und der Heimat eine interessante Sehenswürdigkeit. Die Ausgrabungen nach Tribera sind günstig. Wer nach Verbannung oder überlängerter Krankheit völlige Genesung sucht, der nach langen, fogenollen oder arbeitsreichen Tagen Erholung, Erquickung und Beruhigung braucht, der seinen Lebenskreis und neuen Lebensraum, der findet dies in der unvergleichlich schönen friedlichen Natur.

Ausgabestellen des Karlsruher Tagblatts

- R.-Baden: Ernst Brockhoff, Sofienstraße 15.
Breiten: K. Fr. Hoek, Buchdruckerei.
Bruchsal: Aug. Nordbruch, Ztg.-Gesch. Kaiserstr. 16.
Durlach: Franz Bahr, Hauptstraße 43.
Ettlingen: Franz Z. Lachner, Leopoldstraße 3.
Pforzheim: E. Marolin, Bleichstraße 16.
Rastatt: G. Kronenwirth, Buchhdlg. Kaiserstr.

In diesen Ausgabestellen kann das Tagblatt im Abonnement abgeholt und auch einzeln gekauft werden.

